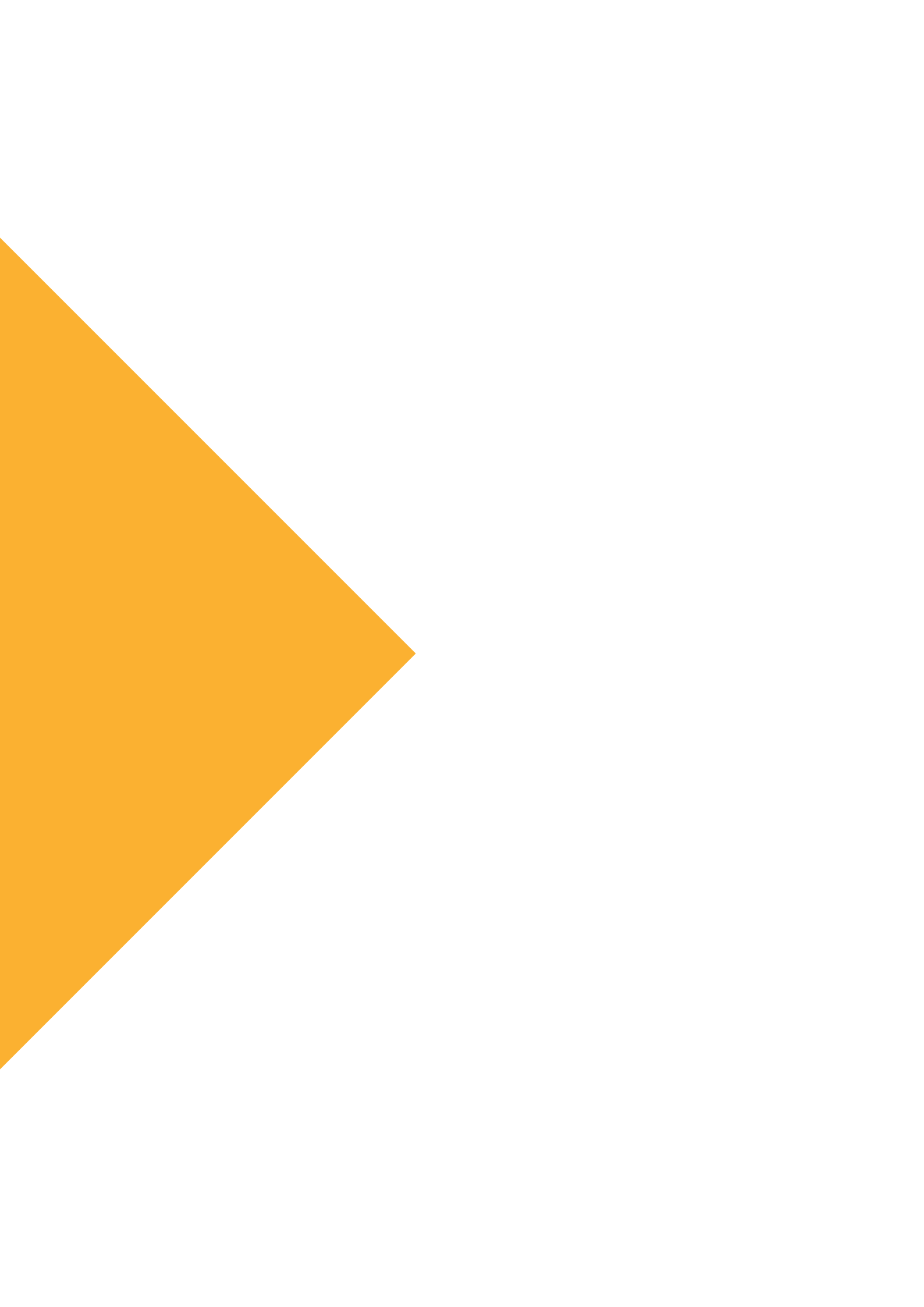


Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026

**Unser Plan für ein Land,
das funktioniert.**

**WEIL'S
JETZT
GILT ~~Q~~**



**WEIL'S
JETZT
GILT ~~Ø~~**

Inhaltsverzeichnis

Kapitel	Seite
Kurzprogramm	6
1. Bildung, Forschung und Innovation – Zukunft durch Wissen sichern	12
a. Frühkindliche Bildung – Starke Grundlagen von Anfang an	12
b. Schule – Mehr Zeit, mehr Qualität, mehr Verlässlichkeit	13
c. Berufliche Bildung – Gleichwertige Chancen für Kopf und Hand	15
d. Hochschule und Forschung – Rheinland-Pfalz als Land der Talente und Ideen	16
e. Digitalisierung der Bildung – Mit Wissen die Zukunft gestalten	18
2. Wirtschaft und Wachstum – Wohlstand für alle sichern	19
a. Mittelstand und Handwerk – Rückgrat unserer Wirtschaft	19
b. Bürokratieabbau – Freiheit statt Formularwahn	20
c. Fachkräfte – Menschen machen den Unterschied	21
d. Industrie und Infrastruktur – Grundlage für attraktive Arbeitsplätze	21
e. Innovation und Start-ups – Ideen entfesseln	23
f. Tourismus und lebendige Innenstädte – Zukunft für Regionen und mehr Lebensqualität	24
3. Sicherheit und Ordnung – Für ein sicheres Rheinland-Pfalz	25
a. Unsere Polizei verdient Rückhalt und Respekt	25
b. Konsequenter Rechtsstaat – Klare Grenzen für Kriminalität	26
c. Kampf gegen Extremismus, Terror und Clankriminalität	26
d. Schutz vor Cyberkriminalität und kritischer Infrastruktur	27
e. Brand- und Katastrophenschutz und Bundeswehr – Verlässlich, modern, stark	27
f. Sicherheit durch Präsenz – Gemeinsam für ein sicheres Land	29
g. Klare Leitplanken für ein sicheres und verantwortungsvolles Glücksspiel	29
4. Migration und Integration – Chancen nutzen, Regeln einhalten	30
a. Steuerung und Begrenzung von Migration	30
b. Integration durch Sprache, Arbeit und Wertevermittlung	31
5. Gesundheit und Pflege – Nah, modern und menschlich	33
a. Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ganzen Land	33
b. Krankenhäuser	35
c. Stärkung der Pflege	36

6. Familie, Gesellschaft, Kultur, Sport, Ehrenamt, Medien und Europa – Zusammenhalt stärken, Vielfalt fördern und Ehrenamt würdigen	38
a. Familien stärken – In allen Lebensphasen	38
b. Kinder und Frauen schützen	39
c. Ahrtal – Wiederaufbau ermöglichen, Verantwortung einfordern	40
d. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Demokratie schützen, Einsamkeit vermeiden, Inklusion leben	40
e. Kultur, Sport und Heimat – Identität bewahren, Zukunft gestalten	41
f. Ehrenamt macht Rheinland-Pfalz stark	43
g. Religionsgemeinschaften – Werte, Bildung und soziale Verantwortung	44
h. Unabhängige Medien – Starke Säulen unserer Demokratie	44
i. Europa als Motor für Wohlstand und Sicherheit	45
7. Landwirtschaft und Weinbau – Tradition bewahren, Zukunft gestalten	47
a. Landwirtschaft – Garant unserer Versorgung	47
b. Weinbau – Kulturerbe und Zukunftsbranche	48
c. Jagd – Verantwortung für Natur und Artenvielfalt	49
8. Umwelt und Energie – Nachhaltig und technologieoffen	50
a. Klimaschutz mit Innovation statt Ideologie	50
b. Photovoltaik aufs Dach bringen, weniger Verbrauch von Freiflächen	51
c. Wassermanagement im Klimawandel verbessern – Winterregen speichern – Förderung von Wasserverbänden	51
d. Nachhaltige Landnutzung, Grünflächen im städtischen Raum und widerstandsfähiger Wald	52
e. Energieversorgung – Bezahlbar, sicher und klimafreundlich	53
9. Kommunen und ländliche Räume – Lebensräume mit Zukunft	54
10. Mobilität und Infrastruktur – Vernetzt und zukunftsfähig	56
a. Infrastruktur erhalten und modernisieren	56
b. Mobilität für Stadt und Land	57
c. Digitalisierung und intelligente Vernetzung	58
11. Digitalisierung, Entbürokratisierung und Staatsfinanzen – Chancen der Zukunft nutzen	59
a. Herangehensweise ändern	59
b. Landesverwaltung und Kommunalverwaltungen digital und bürgerfreundlich aufstellen	60
c. Genehmigungsverfahren beschleunigen	60
d. Digitale Teilhabe	61
e. Starker Staat braucht starkes Personal	61
f. Staatsfinanzen mit Transparenz, Investitionen und Verantwortung	62

Ein Rheinland-Pfalz, das funktioniert.

Weil's jetzt gilt!

Unser Programm in aller Kürze – Weil's jetzt gilt

Unser Wahlprogramm folgt einem klaren Prinzip: Probleme lösen, nicht verwalten. Es steht für Maß, für Mitte und für den Mut, ein Rheinland-Pfalz zu schaffen, das funktioniert. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

1. Bildung, Forschung und Innovation – Zukunft durch Wissen sichern

Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft unseres Landes. Wir sorgen für verlässliche Kitas, starken Unterricht, klare Leistungsstandards und echte Chancengerechtigkeit – unabhängig von Herkunft oder Wohnort. Mit der frühen Sprachstandserhebung erkennen wir Förderbedarf rechtzeitig. Durch ein verbindliches Vorschuljahr schaffen wir die Grundlage für eine gezielte Unterstützung, die Kinder stark macht, bevor die Schule beginnt. Wir entlasten die Teams in den Kitas durch zusätzliche Assistenz- und Teamkräfte, damit Pädagoginnen und Pädagogen wieder mehr Zeit für das Wesentliche haben: unsere Kinder.

In der Schule setzen wir auf Verlässlichkeit und Qualität: Unterrichtsgarantie von 8 bis 14 Uhr an allen Grundschulen, kostenloses und gesundes Mittagessen für jedes Kind sowie Hausaufgabenbetreuung in der Schule entlasten Familien und sichern Förderung unabhängig vom Elternhaus. Hinzu kommen mehr Personal, mehr Autonomie und eine bessere Ausstattung in unserem gegliederten Schulsystem. Leistung und Förderung gehören für uns untrennbar zusammen. Mit unserer Schwimm-Offensive stellen wir zudem sicher, dass kein Kind die Grundschule verlässt, ohne schwimmen zu können.

Ausbildung und Studium betrachten wir gleichwertig: Die Meisterausbildung wird kostenlos und die Berufsorientierung ab Klasse 7 wird durch zwei verpflichtende Praktika gestärkt.

Forschung und Innovation sind die zwei Motoren unseres Landes: Wir fördern MINT-Schulen, KI-Lehrstühle und stärken unsere Hochschulen, Institute und Unternehmenskooperationen. Das erleichtert Ausgründungen und fördert den Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft. Mit gezielten Zukunftsfonds und KI-unterstützten Forschungsnetzwerken geben wir Spitzenforschung in Rheinland-Pfalz Raum und Perspektive.

Unser Ziel ist klar: Kinder verlässlich fördern, Lehrkräfte stärken und Zukunft durch Wissen sichern. Weil's jetzt gilt.

2. Wirtschaft und Wachstum – Wohlstand für alle sichern

Wohlstand entsteht durch Leistung, Innovation und Unternehmergeist. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist geprägt von Mittelstand, Industrie, Handwerk, Tourismus und Landwirtschaft. Wir werden alles für eine starke Wirtschaft tun, damit gute Arbeitsplätze und unser Wohlstand gesichert werden können. Deshalb schließen wir Steuererhöhungen aus, stärken die Meister, fördern die duale Ausbildung und sichern regionale Wertschöpfung.

Wir machen Schluss mit unnötiger Bürokratie, schaffen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, beschleunigen Verfahren und verhindern neue Belastungen. Genehmigungen werden schnell, digital und – wo möglich – als Anzeigepflicht statt Genehmigungspflicht gestaltet. Fristversäumnisse von Behörden führen zur automatischen Genehmigung. So schaffen wir endlich Tempo. Unsere Wirtschaft braucht bezahlbare Energie und eine funktionierende Infrastruktur. Deshalb lösen wir den Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und Schienen auf, stärken den LBM und den LBB personell und organisatorisch und koordinieren Baustellen länderübergreifend. Glasfaser- und 5G-Netze bauen wir flächendeckend aus.

Start-ups und innovative Ansätze fördern wir gezielt, insbesondere in den Zukunftsfeldern wie Künstlicher Intelligenz, Wasserstoff und nachhaltigen Technologien. Wir wollen ein Land, das den Fortschritt willkommen heißt und Unternehmergeist fördert. Gute Arbeit, Fachkräftesicherung und Wachstum gehen deshalb bei uns Hand in Hand.

Unser Ziel ist klar: Wirtschaft stärken, Wohlstand sichern und Bürokratie abbauen. Weil's jetzt gilt.

3. Sicherheit und Ordnung – Für ein sicheres Rheinland-Pfalz

Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Unsere Polizei, Feuerwehr und alle Einsatzkräfte verdienen vollen Rückhalt und echte Unterstützung. Wer sie angreift, muss die Härte des Rechtsstaates spüren. Zudem sorgen wir für dauerhaft hohe Einstellungszahlen und Regelbeförderungen. Die Polizei-, Feuerwehr- und Justizvollzugszulage heben wir auf Bundesniveau und machen sie ruhegehaltsfähig.

Wir bringen mehr Polizei in die Fläche, entlasten durch den Kommunalen Vollzugsdienst und reduzieren Verwaltungsaufgaben. Moderne Technik wie Body-Cams, elektronische Fußfesseln und KI-gestützte Videoüberwachung an Brennpunkten setzen wir gezielt ein, um Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Das gilt besonders beim Schutz von Kindern und der Bekämpfung mobiler Banden- und Clanstrukturen. Opferschutz hat dabei künftig klar Vorrang.

Extremismus bedroht unsere Demokratie – egal ob rechts, links oder religiös motiviert. Deshalb vernetzen wir Sicherheitsbehörden enger, prüfen Vermögensabschöpfung bei kriminellen Netzwerken und richten einen Sicherheitsrat des Landes ein.

Brand- und Katastrophenschutz werden zur Priorität: Eine 90-prozentige Weiterleitung der Feuerchutzsteuer an die Kommunen sowie digitale Warnsysteme sorgen für eine bessere Vorbereitung und Schlagkraft im Ernstfall. Zudem stellen wir die Einsatzkräfte endlich in den Mittelpunkt: Mit besseren Ausbildungsbedingungen und Ausstattungen, Dankesprämien bei Jubiläen und einem Zuschuss für den Führerschein.

Wir handeln konsequent, schnell und sichtbar, weil die Menschen in Rheinland-Pfalz ein Recht auf Sicherheit und Schutz im Alltag und im Notfall haben. Sicherheit ist für uns kein Zufall, sondern Ergebnis klarer Entscheidungen und eines starken Rechtsstaates.

Unser Ziel ist klar: Sicherheit garantieren, Einsatzkräfte stärken und Rechtsstaat entschlossen durchsetzen. Weil's jetzt gilt.

4. Migration und Integration – Chancen nutzen, Regeln einhalten

Rheinland-Pfalz ist offen und hilfsbereit. Zuwanderung kann unser Land bereichern – aber sie muss geordnet ablaufen, damit Integration gelingt. Wir unterscheiden klar zwischen Schutz und Missbrauch, halten Asylverfahren kurz, lassen Flüchtlinge bis zum Abschluss des Verfahrens in Erstaufnahmen und führen Rückführungen unmittelbar aus Landeseinrichtungen durch. Kriminelle ausreisepflichtige Personen kommen in einen Ausreisearrest, nicht in die Kommunen. Eine zentrale Ausländerbehörde bei der ADD bündelt und beschleunigt Verfahren.

Integration ist für uns Pflicht und keine Wahl. Sie gelingt in erster Linie durch Sprache und Arbeit. Deshalb werden Sprach- und Orientierungskurse Pflicht sowie Anerkennungsverfahren für den Arbeitsmarktzugang effizienter. Wer dazugehören will und unsere Werte achtet, ist willkommen. Wer unsere Regeln ablehnt, muss gehen.

Unser Ziel ist klar: Migration ordnen, Regeln durchsetzen und Integration verpflichten. Weil's jetzt gilt.

5. Gesundheit und Pflege – Nah, modern und menschlich

Gesundheit ist Lebensqualität und Daseinsvorsorge. Nähe rettet Leben und deshalb darf gute Versorgung nicht von der Postleitzahl abhängen. Wir sichern die haus- und fachärztliche Versorgung im ganzen Land durch eine Erhöhung der Medizinstudienplätze auf 650, fördern regionale Praxis-kliniken und unterstützen bei der Digitalisierung. Für kürzere Wartezeiten stärken wir die Terminservicestellen. Mit „Start, Stay & Comeback“ gewinnen wir Mediziner für den Dienst in Rheinland-Pfalz zurück und stärken die Versorgung im ländlichen Raum. Prävention und Rehabilitation sichern Lebensqualität, indem sie Krankheiten vorbeugen, Folgen mindern und Menschen nachhaltig stärken.

Notfälle müssen schneller bewältigt werden. Rettungsketten werden digital verzahnt und Hub-schrauber mit Nacht- und Hinderniserkennung ausgestattet. Gerade in unterversorgten Gebieten passen wir die Zahl der Hubschrauber an die Bedarfe vor Ort an.

Unsere Krankenhäuser bleiben eine der starken Säulen der medizinischen Versorgung. Deshalb sichern und modernisieren wir unsere Klinikstandorte, investieren in digitale Ausstattung und beschleunigen Planungs- und Bauprozesse. Zur Absicherung schaffen wir einen „Lebende Krankenhäuser-Fonds“ mit einem Volumen von 150 Millionen Euro pro Jahr.

Pflege hat für uns eine gesellschaftliche Priorität: Wir verbessern Arbeitsbedingungen, fördern mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, stärken die häusliche Pflege durch bessere Verzahnung und machen Pflegeberufe durch messbare Entlastung, höhere Anerkennung und verlässliche Finanzierung attraktiver. Durch gezielte Förderung von Hebammen und Hebammenzentralen bauen wir die Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt aus. Zugleich stärken wir die Frauengesundheit und schließen die Gender Health Gap durch die konsequente Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede in der Medizin.

Unser Ziel ist klar: Gesundheit wohnortnah sichern und Pflege stärken. Weil's jetzt gilt.

6. Familie, Gesellschaft, Kultur, Sport, Ehrenamt, Medien und Europa –

Zusammenhalt stärken, Vielfalt fördern und Ehrenamt würdigen

Familien und Ehrenamt sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie schaffen Zusammenhalt, vermitteln Werte und geben Rheinland-Pfalz Identität. Unsere Vereine, Kultur-Initiativen und Ehrenamtlichen leisten jeden Tag Großes. Deshalb gilt für uns: Rückhalt statt Hürden und Vertrauen statt Bürokratie.

Wir stärken Familien ganz konkret beim Wohnen: Mit dem Eigenheim-Zuschuss fördern wir den Erwerb der ersten selbstgenutzten Immobilie mit 10.000 Euro pro Elternteil und 5.000 Euro pro Kind unter 18 Jahren. Kinder und Frauen schützen wir konsequent, Einsamkeit bekämpfen wir aktiv. Ehrenamt und Sport brauchen eine Stimme im Zentrum der Landespolitik. Deshalb bündeln wir Zuständigkeiten, verkürzen Wege und schaffen erstmals das Amt eines Staatssekretärs für Sport und Ehrenamt in der Staatskanzlei. Damit sorgen wir für Entscheidungen aus einem Guss, bessere Koordination und mehr Schlagkraft für Engagement in der Fläche.

Vereine erhalten klare Ansprechpartner in den Finanzämtern, Ehrenamtliche besseren Versicherungs- und Haftungsschutz und Förderverfahren werden digital und planbar. Gleichzeitig bewahren wir unser Brauchtum und entlasten bei der GEMA.

Unser Ziel ist klar: Familien stärken, Sport und Gemeinschaft ermöglichen und Heimat mit Zukunft verbinden. Weil's jetzt gilt.

7. Landwirtschaft und Weinbau – Tradition bewahren, Zukunft gestalten

Landwirtschaft und Weinbau sind identitätsstiftend und wirtschaftlich zentral. Sie sichern Ernährung und pflegen unsere Kulturlandschaften. Wir stehen für eine pragmatische und wissenschaftsbasierte Landwirtschaftspolitik. Ideologische Ansätze, neue Verbote oder Abgaben jeder Art lehnen wir ab. Wir bauen Bewässerungsverbände aus, fördern neue Rebsorten, gezielten Pflanzenschutz, Direktvermarktung und Weintourismus.

Mit uns gibt es keine neuen Verbote und wir kämpfen klar gegen neue Belastungen, wie beispielsweise eine Zuckersteuer. Regionale Wertschöpfung sichern wir gezielt. Zusätzlich schaffen wir eine eigene Marketingkampagne des Landes für Genuss-, Wein- und Regionalprodukte, damit Rheinland-Pfalz weltweit stärker sichtbar wird. Wir fördern Innovation in der Landwirtschaft und im Weinbau durch digitale Antragsplattformen und schnelle Bearbeitung von Förderverfahren. Planwagen- und Funzelfahrten sichern wir rechtssicher ab und beenden überzogene Einschränkungen.

Jagd ist gelebter Naturschutz, nicht sein Gegner. Wir ändern das Landesjagdgesetz, ermöglichen aktives Wolfsmanagement und setzen uns für pragmatische Bestandsregulierung bei Problem-Populationen (z.B. der Saatkrähe) ein. Kooperationen zwischen Forst, Landwirtschaft und Naturschutz stärken wir gezielt.

Unser Ziel ist klar: Ernährung und Versorgung sichern, Landwirtschaft und Weinbau stärken und Jägern auf Augenhöhe begegnen. Weil's jetzt gilt.

8. Umwelt und Energie – Nachhaltig und technologieoffen

Umwelt- und Klimaschutz gelingen nur mit den Menschen, nicht gegen sie. Umweltschutz, Wirtschaftskraft und soziale Verantwortung gehören zusammen, nicht in den politischen Kulturkampf. Beim Klimaschutz beenden wir ideologische Landes-Sonderwege und richten uns an den Zielen des Bundes aus. Denn Klimaschutz darf nicht zu Abwanderung führen. Wir setzen auf Technologie-offenheit: Erneuerbare Energien, Geothermie, Wasserkraft, Biogas, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Kreislaufwirtschaft und CCS/CCU für eine klimaneutrale Industrie werden ermöglicht, wenn geforscht und auch gefördert wird.

Energiepolitik bleibt klar Standortpolitik. Energie muss bezahlbar und sicher sein. Wir setzen auf dezentrale Energiekonzepte mit flexiblen Kraftwerken und modernen Speichern. Sie muss lokale Wertschöpfung stärken, darf aber Regionen nicht überfordern.

Auch beim Wasser handeln wir vorausschauend: Winterregen wird gespeichert, Grundwasser-neubildung durch gesteuerte Versickerung verbessert und Hochwasser- sowie Hitzeschutz strategisch gestärkt. Mit verpflichtenden Wasserverbänden planen, bauen und pflegen Ober- und Unterlieger gemeinsam.

Unser Wald wird klimastabil und brandsicher: Mischwaldumbau, Brandschneisen, Schutzstreifen und Löschteiche setzen neue Standards und Waldeigentümer werden unterstützt.

Unser Ziel ist klar: Umwelt schützen, Wirtschaft stärken und Energie langfristig sichern. Weil's jetzt gilt.

9. Kommunen und ländliche Räume – Lebensräume der Zukunft

Starke Kommunen sind die Basis eines funktionierenden Landes. Hier entscheidet sich, ob Zusammenhalt funktioniert und Menschen Zukunftschancen haben. Unser Anspruch ist einfach: Kein Dorf, keine Stadt und kein Landkreis werden abgehängt. Dafür schaffen wir gleichwertige Lebensverhältnisse.

Wir reformieren den Kommunalen Finanzausgleich an der Wurzel. Kleinteilige Förderprogramme ersetzen wir durch allgemeine und dynamisierte Finanzzuweisungen, damit Kommunen selbst entscheiden und investieren können. Konnexität ist Verfassungsauftrag, deshalb führen wir eine verbindliche Konnexitätsprüfung und Folgenabschätzung für Landesgesetze ein. Wer Aufgaben überträgt, muss sie auch finanzieren.

Ein starkes Entlastungssignal setzen wir bei den Verkehrswegen: Die Straßenausbaubeiträge schaffen wir endgültig ab. Straßen sind öffentliche Daseinsvorsorge und keine Privatlasten. Die Finanzierung erfolgt künftig planbar über eine verlässliche Landespauschale.

In den ländlichen Räumen stärken wir Gaststätten, Dorfläden, Bürger- und Mehrgenerationenhäuser, Rufbusse sowie digitale Dorfplattformen für Nahversorgung und Ehrenamt.

Unser Ziel ist klar: Mehr Vertrauen, mehr Freiheit und mehr finanzielle Kraft für die, die Zukunft vor Ort gestalten – unsere starken Kommunen. Weil's jetzt gilt.

10. Mobilität und Infrastruktur – Vernetzt und zukunftsfähig

Leistungsfähige Mobilität und moderne Infrastruktur sind Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke und gleichwertige Lebensverhältnisse. Wir investieren konsequent in Straßen, Brücken, Schienen, digitale Netze und Wasserwege – mit klaren Prioritäten und schneller Umsetzung. Ein rheinland-pfälzischer Infrastrukturfonds gibt der Bauwirtschaft jahrelange Planungssicherheit, damit Personal und Technik aufgebaut werden können. Genehmigungen digitalisieren wir und Verfahren ermöglichen wir parallel statt nacheinander.

Wir holen Rheinland-Pfalz auf die Zukunftsschiene: Bessere Taktung im Regionalverkehr, mehr Planungskapazitäten für Radschnellwege und ein Netz an Mobilitätspunkten für leichte Umstiege zwischen den Verkehrsträgern. Busse, Bürgerbusse und On-Demand-Verkehre fahren künftig datengesteuert und bedarfsgerecht.

Und weil Teilhabe nicht am Wohnort scheitern darf, setzen wir ein starkes Zeichen für die junge Generation: Alle Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende erhalten ein vom Land finanziertes Deutschlandticket, und zwar unabhängig von ihrem Wohnort in Rheinland-Pfalz.

Unser Ziel ist klar: Ein Rheinland-Pfalz, das in Bewegung bleibt – damit alle gut ankommen. Weil's jetzt gilt.

11. Digitalisierung, Entbürokratisierung und Staatsfinanzen –

Chancen der Zukunft nutzen

Ein funktionierender Staat arbeitet digital, effizient und verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürger. Wir digitalisieren Verwaltung konsequent, beschleunigen Verfahren und bauen Bürokratie spürbar ab. Regeln werden bereits bei der Entstehung auf Bürokratie- und Digitaltauglichkeit geprüft. Wo Ermessensspielräume bestehen, nutzen wir diese bürger- und wirtschaftsfreundlich. Wir bündeln Digital- und Verwaltungsprojekte an einer zentralen Stelle: Digitalisierung wird damit zur Chefsache. Ein Bürokraatiemeldeportal gibt Menschen und Unternehmen erstmals eine direkte Stimme.

Auch bei den Finanzen ändern wir die Haltung: Rheinland-Pfalz hat kein Einnahme-, sondern ein Umsetzungsproblem. Milliardenüberschüsse wurden zu lange nicht in Zukunftsinvestitionen überführt – stattdessen tragen wir heute die rote Laterne bei der Investitionsquote. Das beenden wir. Öffentliche Mittel setzen wir zielgerichtet ein und priorisieren Investitionen in die Zukunft. Solide Staatsfinanzen sind für uns kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für Handlungsfähigkeit und Vertrauen.

Unser Ziel: Ein Land, das funktioniert und Chancen nutzt statt Bedenken pflegt. Weil's jetzt gilt.

1. Bildung, Forschung und Innovation – Zukunft durch Wissen sichern

Jedes Kind zählt. Jeder junge Mensch verdient die besten Chancen. Jede Idee braucht Raum, um zu wachsen. Bildung, Forschung und Innovation entscheiden über die Zukunft jedes Einzelnen und über die Zukunft unseres Landes. Deshalb sind wir fest überzeugt: Rheinland-Pfalz braucht ein Bildungssystem, das verlässlich funktioniert, Leistung ermöglicht und Chancen eröffnet. Unser Anspruch ist klar: Jedes Kind muss sein volles Potenzial entfalten können. Deshalb erneuern wir das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung.

a. Frühkindliche Bildung – Starke Grundlagen von Anfang an

Neben der Familie werden in der Kita die Grundlagen für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe gelegt. Hier entscheidet sich, ob ein Kind mit Selbstvertrauen, Lernfreude und dem richtigen Sprachvermögen in die Schule startet oder bereits von Anfang an mit Nachteilen beginnt. Wir sorgen dafür, dass jedes Kind stark startet – unabhängig von seinem Elternhaus.

Das letzte Kita-Jahr wird deshalb **verbindlich**. In diesem Vorschuljahr bereiten wir alle Kinder gezielt und altersgerecht auf den Start in die Schule vor. So schaffen wir echte Chancengerechtigkeit und einen verlässlichen Übergang von der Kita in die Grundschule.

Mit Beginn des kommenden Schuljahres bauen wir die **Sprachförderung** deutlich aus. Eine verpflichtende Sprachstandserhebung mit viereinhalb Jahren erkennt Förderbedarf frühzeitig. Kinder mit Sprachdefiziten erhalten verbindliche und individuelle Förderung – mit qualifiziertem Personal, alltagsintegrierten Sprachprogrammen und der festen Einbindung der Eltern. Sprache ist für uns nicht nur der Schlüssel zu Bildung, sondern auch zu Integration und sozialer Teilhabe.

Die Kita ist ein Ort, an dem Kinder von Erzieherinnen und Erziehern in ihrer Entwicklung begleitet und unterstützt werden. Und deshalb braucht es **bessere Rahmenbedingungen** in den Kitas. Rheinland-Pfalz leidet unter Fachkräftemangel, Überlastung und Investitionsrückständen. Deshalb sorgen wir für mehr qualifiziertes Personal und moderne Ausstattung. Zusätzliche Teamkräfte helfen zudem bei der Organisation und entlasten zugleich unsere Pädagoginnen und Pädagogen von Verwaltungsaufgaben. Pädagogik statt Papierkram – das ist unser Anspruch.

Wir garantieren **verlässliche Öffnungszeiten**, die für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen, sodass sie nicht Woche für Woche neue Planungen anstellen müssen.

Mit einer **Investitionsoffensive sanieren wir Kitas, modernisieren Lernräume und schaffen zusätzlich neue Plätze**. Ein Sonderprogramm für Sanitäreinrichtungen, Küchen und Außenbereiche macht unsere Kitas zu Wohlfühl- und Lernorten. Zudem sorgen wir für eine transparente, verlässliche Finanzierung der freien und kirchlichen Träger und ein Mehr an Landesbeteiligung für unsere Kommunen.

Die **Beitragsfreiheit** der Kitas sichern wir dauerhaft ab. Frühkindliche Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Das gilt erst recht, wenn das letzte Kita-Jahr verbindlich ist.

Unser Ziel: Kein Kind startet ohne die sprachliche und soziale Schulreife in die Schule. Bildung beginnt mit Vertrauen und mit Verlässlichkeit.

b. Schule – Mehr Zeit, mehr Qualität, mehr Verlässlichkeit

Eltern erwarten, dass Schule funktioniert. Kinder wollen lernen. Lehrkräfte wollen ihren Bildungsauftrag erfüllen. Für uns ist klar: Schulen müssen Orte des Lernens sein und nicht der dauerhaften Improvisation. Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel und Überlastung dürfen deshalb kein Dauerzustand sein. Wir sorgen dafür, dass Unterricht verlässlich stattfindet, Leistung wieder im Mittelpunkt steht und Erfolge auch gefeiert werden dürfen.

Dafür gibt es unsere landesweite Grundschul-Garantie: Unterricht findet von Montag bis Freitag zwischen 8 und 14 Uhr statt – ohne Ausfall und ohne Notlösungen. Innerhalb dieser Zeit steht das konsequente Üben und Vertiefen der Grundkompetenzen **Lesen, Schreiben und Rechnen** im Mittelpunkt. Jedes Kind erhält ein kostenloses, gesundes Mittagessen. Hausaufgaben erledigen die Schülerinnen und Schüler in der Schule, damit Förderung nicht am Küchentisch scheitert. Der Nachmittag bleibt frei. Ergänzende Betreuungsangebote setzen wir dort ein, wo sie genutzt werden. Wo Ganztagsmodelle und Horte bereits erfolgreich eingerichtet sind, bleiben sie erhalten und werden weitergeführt.

Lehrkräfte, Sozialarbeit, Schulpsychologie und Schulassistenzen arbeiten künftig noch konsequenter und in allen Schulformen in **multiprofessionellen Teams** zusammen. So fördern wir Schülerinnen und Schüler individuell und vermeiden Unterrichtsausfälle.

Kein Kind verlässt die Grundschule, ohne schwimmen zu können. Das erreichen wir mit unserer **Schwimm-Offensive** und mit verbindlich sowie verlässlich durchgeführtem Schwimmunterricht. Dafür werden Schwimmbäder saniert und in der Fläche erhalten. Mobile Schwimmcontainer werden dort eingesetzt, wo Schulen keinen wohnortnahen Zugang zu Wasserflächen haben.

Lehrkräfte verdienen Rückhalt, Wertschätzung und eine faire Bezahlung. Grundschullehrkräfte leisten Herausragendes: Sie legen das Fundament für den Bildungsweg unserer Kinder und begleiten sie in den entscheidenden ersten Schuljahren. Deshalb heben wir die Besoldung der **Grundschullehrkräfte auf A 13** an. Für alle Lehrkräfte an den weiterführenden und beruflichen Schulen führen wir Regelbeförderungen wieder ein. Es darf nicht sein, dass gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die in Rheinland-Pfalz ihre Ausbildung machen, anschließend in andere Bundesländer abwandern.

Für uns ist klar: **Schule muss ein sicherer Ort sein.** Wir leben eine Null-Toleranz-Linie bei Gewalt, Bedrohungen und Respektlosigkeit und setzen auf wirksame Ordnungsmaßnahmen sowie klare Notfallkonzepte. Dazu richten wir eine Task-Force beim Land ein, die bei akuten Problemen an Schulen schnell vor Ort eingreifen kann. Sie besteht aus Psychologen, Sicherheitskräften und speziell geschulten Lehrkräften. Als Dienstherr stellen wir uns bei Problem- und Krisenfällen klar hinter unsere Lehrkräfte, anstatt sie mit einem Maulkorb zu versehen. Dafür erhalten sie in Zukunft schnelle und verlässliche Rückendeckung durch Schulaufsicht und Ministerium.

Wir gestalten die Lehrerbildung praxisnäher, etwa durch duale Lehramtsstudiengänge und mehr Praktika im Studium. Zudem setzen wir auf **kleinere Klassen und eine verlässliche Unterrichtsversorgung** von mindestens 105 Prozent, damit Unterrichtsausfall bestenfalls der Vergangenheit angehört. All dies gelingt uns durch mehr Planstellen und Vertretungspools. Dabei machen wir den Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers wieder so attraktiv, dass sich junge Menschen bewusst dafür entscheiden.

Wir erleichtern den Quereinstieg aus anderen Berufen. Regelmäßige Fortbildungen zum Beispiel in Didaktik, Inklusion oder Digitalisierung müssen Standard werden und werden deshalb von uns aktiv unterstützt. Dafür können Lehrerinnen und Lehrer Anrechnungsstunden oder finanzielle Unterstützung erhalten.

Wir setzen auf Vertrauen statt auf Kontrolle. Lehrkräfte brauchen Freiraum, um guten Unterricht zu gestalten, statt die Vorgaben aus Ministerien bis ins kleinste Detail abzuarbeiten. Wer unsere Kinder ausbildet, verdient unseren Respekt sowie Zeit für echten Unterricht und eigene Entscheidungen.

Wir starten eine **Investitionsoffensive für Schulgebäude**: Klassenräume, Turnhallen, Schulsportanlagen und Mensen werden saniert und modernisiert. Jede Klassenleitung erhält ein eigenes Budget, um Lernräume pädagogisch und individuell gestalten zu können.

Schulen müssen Orte sein, an denen Kinder sich wohlfühlen und Lehrkräfte gute Bedingungen vorfinden. Wir wollen keine Schulen mehr, in denen Eimer Regenwasser auffangen oder Unterricht dauerhaft in Containern stattfindet. Deshalb machen wir sie zum digitalen, sicheren und einladenden Lernort.

Als CDU stellen wir uns gegen die Bestrebungen zu einer Einheitsschule in unserem Bundesland, weil wir keine Einheitskinder haben. Wir stehen klar für den **Erhalt und die Stärkung des gegliederten Schulsystems**. Die Einzigartigkeit jedes Kindes werden wir auch in Zusammenarbeit mit freien und kirchlichen Schulträgern fördern.

Die **Realschulen Plus** werden wir gezielt stärken und weiterentwickeln. Denn sie sind eine tragende Säule unseres differenzierten Bildungssystems. Sie verbinden Theorie und Praxis und leisten damit einen zentralen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Aber auch hier muss Leistung wieder im Mittelpunkt stehen. Deshalb setzen wir auf gezielte Förderprogramme in den Klassenstufen 5 bis 7 für Lesen, Schreiben und Rechnen, auf verschlankte Lehrpläne sowie auf verbindliche Sprach-Intensivklassen, insbesondere an den Schulen mit einem derzeit hohen Migrationsanteil. Mit einem Förderprogramm „Starke Realschule plus“ sorgen wir für bessere Ausstattung, mehr Praxisprojekte, digitale Unterrichtsentwicklung und gezielte Maßnahmen zur Lehrkräftegesundheit. So geben wir dieser Schulform die Anerkennung, Unterstützung und Perspektive zurück, die sie verdient.

Im Bereich der **Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen** werden wir den rheinland-pfälzischen Sonderweg mit „Winterabitur“ beenden und flächendeckend zum vollen G9 zurückkehren. Die echten G8-Gymnasien als Schnellläufer bleiben selbstverständlich erhalten.

Allen Schülerinnen und Schülern wird zudem ein **kostenloses Deutschlandticket unabhängig vom Wohnort** und finanziert durch das Land zur Verfügung gestellt. Damit beenden wir die Ungerechtigkeit, dass nur diejenigen Schülerinnen und Schüler ein Deutschlandticket bekommen, die nicht zu nah an der Schule wohnen.

Bildung braucht Werte. Wir stehen für **Leistung, Verantwortung und Zusammenhalt**. Deshalb wollen wir verbindliche Leistungsstandards und nachvollziehbare Prüfungen. Das heißt auch: Klare Notengebung statt Abschaffung des Sitzenbleibens und des Leistungsprinzips. Fördern und Fordern gilt für alle: Unterstützung für Kinder mit Lernrückständen, Förderung für Hochbegabte sowie verlässliche Bildungsangebote für die breite Mitte. Bei den Bundesjugendspielen wird es wieder flächendeckend Teilnehmer-, Sieger- und Ehrenurkunden geben. Kinder und Jugendliche wollen und sollen sich messen dürfen.

Wir werden die **Lehrpläne an moderne Inhalte anpassen**, klare Standards setzen und streben die Einführung von zentralen Abschlussprüfungen an. Auch Demokratiebildung und Erinnerungskultur gehören zum Unterrichtsalltag. **Politische Bildung und klare Kante gegen Antisemitismus** sind Pflichtbestandteile schulischer Erziehung. Jede Schülerin und jeder Schüler soll verpflichtend mindestens einmal in seiner Schullaufbahn ein ehemaliges Konzentrationslager oder eine KZ-Gedenkstätte besucht haben. Wir wollen eine Schule, die Haltung zeigt. Gegen Extremismus, gegen Hass und für unsere Demokratie.

Wir **stärken und erhalten die Förderschulen und Förderkitas** als zentralen Bestandteil einer inklusiven Bildungslandschaft. Für uns gilt: **Inklusion** orientiert sich am Kindeswohl und geht damit verantwortungsvoll um. Kinder sollen an der Schule lernen können, die für sie geeignet ist. Sie werden in unserem durchlässigen System unterstützt, damit sie ihren Schulabschluss erhalten und in die berufliche Ausbildung starten können. Kinder, bei denen ein besonderer Förderbedarf vermutet wird, wollen wir wieder frühzeitig vor dem Schuleintritt testen. Damit können Eltern die geeignete Schule für ihr Kind wählen. So erhalten wir für die Kinder die Chance, von Beginn an eine Förderschule zu besuchen.

Auch in weiterführenden Schulen ist die Sprachkompetenz Voraussetzung für Schulerfolg. Deshalb werden wir **Intensivklassen** einführen. In altersgemischten Deutsch-Klassen erhalten Kinder und Jugendliche ohne ausreichende Deutschkenntnisse eine intensive Sprachvermittlung. Erst mit ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache erfolgt dann die Regeleinschulung.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche ihre Talente entdecken und entfalten können. Die Förderung von **Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)** ist uns ein besonderes Anliegen. Schülerlabore, Wettbewerbe und Projekte in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und Hochschulen machen Wissenschaft erlebbar und stärken den Mut sowie die Begeisterung für den weiteren Weg im MINT-Bereich. Lehrkräfte bilden wir gezielt fort, um den MINT-Unterricht lebendig zu gestalten. Schulen unterstützen wir dabei, wenn sie sich als MINT-Schule profilieren wollen.

Zudem stärken wir im Fach Sozialkunde den Bereich Wirtschaft und Finanzen. So fördern wir die Fähigkeit junger Menschen, wirtschaftliche Zusammenhänge einschätzen zu können und ihre Zukunft eigenverantwortlich zu gestalten. Es ist eine Frage der Chancengerechtigkeit, über die notwendigen Grundlagen für kluge Entscheidungen mit Blick auf Konsum, Kredite oder Altersvorsorge zu verfügen. Finanzbildung ist dabei ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. In der Kultusministerkonferenz setzen wir uns deshalb auch dafür ein, dass sich Deutschland am Finanzmodul der regelmäßigen PISA-Studie beteiligt. Damit gewinnen wir die notwendigen repräsentativen Daten, um Finanzbildung gezielt und unabhängig zu verbessern.

c. Berufliche Bildung – Gleichwertige Chancen für Kopf und Hand

Wir sind stolz auf die berufliche Bildung. Sie ist die Grundlage für unsere Wirtschaftskraft. Wer sich für Handwerk, Industrie oder Dienstleistung entscheidet, trifft eine gleichwertige, kluge und verantwortungsvolle Wahl. Wir wollen, dass eine Ausbildung denselben Stellenwert genießt wie ein Studium.

Deshalb soll die **Meisterausbildung kostenfrei** werden und wir unterstützen bei der Gründung eines eigenen Unternehmens. In der Schule wollen wir die Berufsorientierung ab Klasse 7 mit der Einführung von weiteren zwei verpflichtenden Praktika an allen weiterführenden Schulen stärken. Damit werden Wege und Abschlussmöglichkeiten der beruflichen Bildung für alle früh sichtbar. Auch die Einführung eines „Tages des Handwerks“ an Schulen, an dem sich regionale Betriebe vorstellen und Schülerinnen und Schüler so die verschiedenen Ausbildungsberufe des Handwerks hautnah erleben können, wird dabei ein wichtiger Baustein sein. Das gilt gleichermaßen für die Breite an dualen Ausbildungsberufen in Dienstleistung und Handel. Sie reichen von den klassischen kaufmännischen Berufen im Büro und Verkauf über spezialisierte Ausbildungsberufe wie zum Beispiel im Automobil- und Buchhandel, Drogeriewesen, Veranstaltungsbereich und Floristik bis hin zu Berufsfeldern wie Gastronomie, Gesundheitswesen, Logistik, Tourismus und Sicherheit.

Wir werden Berufsschulen modernisieren: Werkstätten, Lernlabore und digitale Ausstattung müssen auf dem neuesten Stand sein. Darüber hinaus sorgen noch stärkere Kooperationen mit Unternehmen und Kammern für eine praxisnahe Ausbildung.

Mit mehr Fachpraxislehrkräften stärken wir zudem die berufliche Ausbildung. Denn für den Wohlstand von Rheinland-Pfalz brauchen wir überall bestens ausgebildete Handwerker, Fachkräfte, Angestellte und Akademiker.

d. Hochschule und Forschung – Rheinland-Pfalz als Land der Talente und Ideen

Unsere Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind die Denkfabriken der Zukunft. Hier entstehen Innovationen, die Arbeitsplätze schaffen und unser Land voranbringen. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz wieder zu den führenden Wissenschafts- und Innovationsstandorten Deutschlands gehört. Exzellente Forschung braucht exzellente Bedingungen. Deshalb werden wir Forschung und Lehre besser finanzieren, Hochschulen entbürokratisieren und den wissenschaftlichen Nachwuchs stärker fördern. Mit attraktiven Karrierewegen und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Forschung binden wir kluge Köpfe. Zusammen mit einer modernen Hochschulinfrastruktur machen wir Rheinland-Pfalz so zum echten Wissenschaftsland.

Wissenschaft braucht Wertschätzung und eine verlässliche Finanzierung. Wir sichern eine **verlässliche Grundfinanzierung** und schaffen durch mehrjährige Zielvereinbarungen mehr Autonomie für unsere Hochschulen. Dazu gehört, dass die Zuschüsse an die Studierendenwerke inflationsgerecht angepasst und der Einsatz neuer Technologien in Lehre, Verwaltung und Forschung gezielt gefördert werden. Auf diese Weise werden wir den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung im Land aufwerten und die Rahmenbedingungen verbessern. Zudem passen wir den Ressortzuschnitt so an, dass Forschung, Innovation und Digitalisierung enger zusammenwirken. Bürokratieabbau ist dringend nötig, damit Forscherinnen und Forscher auch forschen können und nicht ständig Formulare ausfüllen müssen. Dadurch entstehen Freiräume und wir schaffen mehr Raum für Innovationen.

Wir wollen Studienerfolge sichern. Dazu gehören gezielte Beratungsangebote, auch zu alternativen Bildungswegen. Studentinnen und Studenten erhalten frühzeitig Unterstützung, um ihren individuellen Bildungsweg erfolgreich fortzusetzen. Zudem investieren wir in bezahlbare Wohnheimplätze und schaffen die Zweitwohnsitzsteuer für Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende ab. Junge Menschen dürfen nicht dafür bestraft werden, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt in der Heimat behalten.

Hochschulen brauchen moderne Gebäude und Labore. Der Sanierungsstau an Hochschulen ist massiv und muss konsequent abgebaut werden. Deshalb werden wir ein langfristiges **Bau- und Sanierungsprogramm** auflegen, das planbar, effizient und qualitativ hochwertig umgesetzt wird. Die Hochschulen erhalten dafür mehr **Bauautonomie**, um Entscheidungen vor Ort schneller und flexibler treffen zu können.

Die Universitätsmedizin Mainz ist neben unserer Pharma- und Biotechnologiebranche das medizinische Forschungszentrum in Rheinland-Pfalz. Wir wollen sie als Exzellenz- und Gesundheitszentrum weiter ausbauen und den Baumasterplan effizient und qualitativ hochwertig umsetzen. Mehr Medizinstudienplätze sichern die Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses und die Zukunft der Versorgung im Land.

Unsere Hochschulen sollen sich klar profilieren. Wir sorgen dafür, dass unsere Universitäten für Spitzen- und Grundlagenforschung sowie für die wissenschaftliche Nachwuchsförderung stehen. Hochschulen für angewandte Wissenschaften überzeugen durch besondere Praxisnähe und regionale Vernetzung. Gemeinsam stärken beide Hochschularten den Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft und damit die Zukunft von Rheinland-Pfalz. Wir unterstützen die Hochschulen beim Einwerben von Drittmitteln und beim Aufbau von Sonderforschungsbereichen. Gezielt fördern wir Synergien zwischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Das betrifft sowohl die Erarbeitung zukunftsgerichteter Studienkonzepte als auch die Verbesserung der Mobilität für Studentinnen und Studenten. Besonders in zentralen Zukunftsfeldern wie Künstlicher Intelligenz, Cyber-Security und Nachhaltigkeit wollen wir die Stärken beider Hochschulformen systematisch bündeln und wirksam nutzbar machen.

Künstliche Intelligenz ist eine Schlüsseltechnologie der Zukunft. Wir bauen die KI-Forschung und -Lehre weiter aus. Dazu fördern wir interdisziplinäre Projekte und beschleunigen den Transfer in die Wirtschaft. Mit einem neuen KI-Lehrstuhl in Speyer stärken wir die Verwaltungskompetenz und schaffen praxisnahe Lösungen für öffentliche Institutionen. Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer ist ein bundesweit einzigartiges Kompetenzzentrum für Verwaltungsmodernisierung und Rechtsstaatlichkeit. Wir sichern ihre leistungsfähige Ausstattung und eine verlässliche Finanzierung, um ihre besondere Rolle für Bund, Länder und Kommunen dauerhaft zu stärken.

Wissenschaft bleibt dann stark, wenn sie konkrete Lösungen liefert. Deshalb erhöhen wir den **Praxisbezug der Hochschulen**: durch eine intensivere Kooperation mit regionalen Unternehmen, durch mehr praxisorientierte Lehrstühle und durch eine Ausweitung dualer Studienangebote. Eine **Hochschule für angewandte Wissenschaften** soll dabei schrittweise zu einer **rein dualen Hochschule** ausgebaut werden.

Wir fördern gezielt die Gründungskultur an allen Hochschulen. Unternehmerisches Denken soll dort selbstverständlich werden. Gründerzentren werden wir ausbauen sowie enger vernetzen. Gründerstipendien geben jungen Talenten den Mut, ihre Ideen auch tatsächlich umzusetzen. Professorinnen und Professoren können künftig ein Gründungssemester erhalten, um innovative Projekte aufzubauen oder Ausgründungen aktiv zu begleiten. Hochschulen dürfen sich zudem selbst an Ausgründungen beteiligen, um Transfer und Innovation nachhaltig zu stärken.

Kooperation ist der Schlüssel für Innovation. Wir schaffen Experimentierräume, in denen Hochschulen, Schulen, Unternehmen und Verwaltungen neue Ideen gemeinsam erproben können. Der Übergang von der Schule zur Hochschule wird gestärkt, zum Beispiel durch die Nutzung von Trainingstagen in der Oberstufe, damit Schülerinnen und Schüler frühzeitig Einblicke in das Hochschulleben und wissenschaftliches Arbeiten erhalten.

e. Digitalisierung der Bildung – Mit Wissen die Zukunft gestalten

Digitale Bildung ist keine Ergänzung, sondern gehört im 21. Jahrhundert zu den grundlegenden Kompetenzen dazu. Sowohl Schulen als auch Hochschulen müssen technisch und pädagogisch in der Lage sein, digitale Werkzeuge sinnvoll einzusetzen.

Wir sorgen für eine **flächendeckende digitale Infrastruktur, wie beispielsweise Glasfaseranschlüsse und stabile WLAN-Netze** in allen Bildungseinrichtungen. Jede Lehrkraft, jede Schülerin und jeder Schüler ab Klasse 8 soll über ein digitales Endgerät verfügen. IT-Fachkräfte kümmern sich um die technische Infrastruktur, damit Lehrkräfte mehr Zeit für den Unterricht haben. Dazu gehört aber auch, dass Lehrkräfte digitale Didaktik tatsächlich beherrschen. Deshalb werden **Fortbildungen** praxisorientiert und durch ein landesweites Programm unterstützt. Wir setzen auf Kooperationen mit Wirtschaft und Hochschulen, etwa nach dem Vorbild der KI-Skilling-Initiative von Nordrhein-Westfalen.

Digitale Bildung bedeutet mehr als Technik, und sie verlangt neue Formen des Lernens. Deshalb gilt es, von Anfang an die digitalen Kompetenzen als Schlüssel- und Querschnittsaufgabe zu begreifen und zu fördern. Dazu gehört der richtige und verantwortungsvolle Umgang mit dem Datenschutz und der Medienethik. **Kinder und Jugendliche müssen deshalb frühzeitig lernen, sich sicher, kritisch und verantwortungsvoll in der digitalen Welt zu bewegen.** Das bedeutet auch, zur Verfügung stehende Informationen kritisch bewerten zu können. Wir stärken deshalb die Medienkompetenz in allen Altersstufen durch Unterrichtsangebote zur Informationsbewertung, zum Schutz der Privatsphäre und zur Erkennung von Fake News. Denn digitale Bildung ist nur dann erfolgreich, wenn sie mündige Nutzer hervorbringt. Zugleich braucht es klare Grenzen für den schulischen Alltag. Wir wollen die **private Handynutzung an Schulen untersagen**, um Konzentration, soziales Miteinander und Lernruhe zu fördern. Wo Schulen Handys und andere digitale Geräte im Unterricht pädagogisch sinnvoll einsetzen, können sie selbst über deren Nutzung entscheiden.

Digitale Bildung ersetzt sicher keine Lehrkraft, aber sie gibt ihr neue Möglichkeiten. Wir wollen Schulen, die mit der Zukunft Schritt halten, und junge Menschen, die sie verantwortungsvoll gestalten.

Unser Ziel: Zukunft durch Wissen sichern

Rheinland-Pfalz ist für uns ein Land, in dem Bildung zählt, Leistung sich lohnt und jeder Aufstieg möglich ist. Ein Land, das Kindern Vertrauen gibt, Lehrkräften Freiheit, Forschern Raum und Gründern Mut. Ein Land, das durch Wissen seine Zukunft sichert.

2. Wirtschaft und Wachstum – Wohlstand für alle sichern

Wohlstand entsteht nicht durch den Staat, sondern durch Menschen, die anpacken, Ideen haben und Verantwortung übernehmen. Rheinland-Pfalz ist ein Land der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Handwerkerinnen und Handwerker, der Fachkräfte und der Menschen mit Mut zum Risiko. Doch unser Land braucht neuen Schwung. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich Leistung lohnt, Innovationen wachsen und Arbeit sich auszahlt. Denn wirtschaftliche Stärke und Wachstum sind die Voraussetzung für unsere Sicherheit und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Geld, das für gute Bildung, medizinische Versorgung, Pflegeleistungen auf hohem Niveau und soziale Absicherung ausgegeben wird, muss zuvor durch starke Unternehmen erwirtschaftet werden. Mit einer aktiveren Standortpolitik werden wir zudem den freundschaftlichen Wettbewerb mit unseren Nachbarbundesländern aufnehmen.

Mit der CDU wird es in Rheinland-Pfalz **keine neuen Steuern, Abgaben oder Steuererhöhungen** geben. Über den Bundesrat starten wir zusätzlich eine Initiative, um die Senkung der Stromsteuer für alle umzusetzen. Das senkt die Energiekosten, entlastet alle privaten Haushalte im Alltag und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit für alle unsere Betriebe.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die den Unternehmerinnen und Unternehmern vertraut, Chancen eröffnet, Wachstum entfesselt und Sicherheit gibt.

a. Mittelstand und Handwerk – Rückgrat unserer Wirtschaft

Der Mittelstand und das Handwerk sind das Herz der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, sichern regionale Wertschöpfung und halten das Land am Laufen. Doch sie leiden unter hohen Energiekosten, Bürokratie und Fachkräftemangel. Wir wollen deshalb eine Wirtschaftspolitik, die den Mittelstand stärkt und ihm Luft zum Atmen gibt. Für ihn gilt es, wettbewerbsfähige Bedingungen zu schaffen: Dazu gehören keine weiteren Steuererhöhungen, schnelle Genehmigungen und weniger Regulierung. Wir werden die Kommunen finanziell so ausstatten, dass auch über niedrigere Steuerhebesätze Standortpolitik betrieben werden kann. Außerdem werden wir Investitionen, insbesondere durch private Investoren, erleichtern und Betriebsnachfolgen aktiv unterstützen.

Wir werden **Förderprogramme bündeln, Förderbedingungen vereinfachen und Kleinstförderprogramme abschaffen**, damit nicht länger erhebliche Anteile der Förderung für die Beraterinnen und Berater bei der Antragsstellung aufgewendet werden.

Mit der **Einführung eines landesweiten „Tags des Handwerks“**, an dem sich die verschiedenen Berufsfelder und regionale Unternehmen an den allgemeinbildenden Schulen des Landes vorstellen können, sorgen wir dafür, die Arbeit der Handwerkerinnen und Handwerker sichtbar zu machen und junge Menschen für handwerkliche Berufe zu begeistern. Ergänzend fördern wir regionale Handwerksinitiativen und deren Kooperation mit Schulen sowie Kommunen. Unser Ziel ist es, dass junge Menschen wieder Lust auf Handwerk bekommen – durch moderne Berufsorientierung, digitale Lernlabore und regionale Ausbildungskampagnen.

Wir begegnen dem Handwerk mit Wertschätzung und werden seine Bedürfnisse politisch priorisieren. Zudem **stärken wir die Meisterpflicht** und werten die duale Ausbildung auf. **Denn Rheinland-Pfalz braucht wieder ein klares Bekenntnis zum Handwerk, zu Leistung, zu Qualität und zu Eigenverantwortung.**

Wir **stärken die Sozialpartnerschaft** und setzen auf die bewährte Selbstverwaltung der Sozialpartner. Landesrechtliche Sonderwege wie zusätzliche Tarifbindungspflichten über das Bundesrecht hinaus lehnen wir ab. Für uns gilt: Tarifautonomie und Kooperation sind die Grundlage für faire Arbeitsbedingungen und wirtschaftliche Stabilität.

b. Bürokratieabbau – Freiheit statt Formularwahn

Die größte Innovationsbremse in Rheinland-Pfalz ist die Bürokratie. Unternehmen verlieren Zeit, Geld und Motivation im Formulardschungel. Bürokratische Regelungen haben oft viel mit Misstrauen zu tun. Wir werden mehr Vertrauen wagen. Der Staat ist für uns Partner der Betriebe sowie der Bürgerinnen und Bürger und nicht deren Gegner.

Unser Bürokratieabbau folgt einem Vier-Säulen-Modell: Erstens beginnen wir mit der **Bürokratievermeidung bei der Gesetzgebung**. Zweitens setzen wir **Anreize für eine unternehmens- und bürgerfreundliche Ermessensausübung** beim Gesetzesvollzug. Drittens werden wir **von Tag eins an belastende Regelungen systematisch überprüfen und abschaffen**. Viertens setzen wir in und mit der Verwaltung **vollständig auf digitale und medienbruchfreie Abläufe**.

Unser Ziel ist **ein echter Kulturwandel in der Verwaltung**: Vertrauen statt Misstrauen, Ermöglichen statt Verhindern. Deshalb geben wir unserer Verwaltung mehr Entscheidungsfreiräume und stärken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Rücken, damit Entscheidungen schnell und im Sinne der Sache getroffen werden.

Jedes neue Gesetz wird auf seine Bürokratiekosten geprüft, jeder Antrag digitalisiert und vereinfacht sowie Berichtspflichten, wo möglich, abgeschafft. Um diese Umsetzung ressort- und fachübergreifend zu sichern, werden wir eine Stabsstelle „Bürokratieabbau“ direkt in der Staatskanzlei verankern. Zudem soll ein unabhängiger **„Normenkontrollrat Rheinland-Pfalz“** alle Regelungen auf Praxistauglichkeit prüfen und anschließend dorthin rückkoppeln.

Verwaltung muss digital, schnell und serviceorientiert werden. Wir wollen, dass jeder Antrag so digital gestaltet ist, dass er von der zuständigen Stelle medienbruchfrei schnellstmöglich bearbeitet werden kann – egal ob Baugenehmigung, Gaststättenerlaubnis oder Förderantrag. In vielen Fällen werden wir von der Genehmigungspflicht zur Anzeigepflicht wechseln, das heißt kein Warten auf die Erlaubnis, sondern Unterlagen einreichen und loslegen. Wo trotzdem noch Genehmigungen erforderlich sind, soll gelten, dass ein Antrag als genehmigt gilt, wenn eine Behörde nicht fristgerecht entscheidet (Genehmigungsfiktion). Digitale Verwaltungsdienstleistungen werden wir deshalb konsequent aus der Sicht der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger entwickeln.

Ein sogenanntes „Goldplating“ – also die Übererfüllung – von Vorgaben aus Brüssel oder Berlin wird es mit uns nicht geben. Zudem werden wir über unsere Landesvertretung in Brüssel für einen konsequenten Bürokratieabbau auf EU-Ebene eintreten. Im Wettbewerb zwischen den Bundesländern werden wir die Standortrelevanz – z. B. bei Grenzwertfestsetzungen in anderen Bundesländern – berücksichtigen, damit Rheinland-Pfalz attraktiv für Unternehmen ist.

c. Fachkräfte – Menschen machen den Unterschied

Ohne Fachkräfte kein Wachstum. Schon heute bleiben in Rheinland-Pfalz tausende Stellen unbesetzt – vom Handwerk bis zur Pflege, von der Industrie bis zur Verwaltung. Wir brauchen einen echten Pakt für Fachkräfte, Ausbildung und qualifizierte Zuwanderung. **Hierbei setzen wir auf drei Säulen: Ausbildung stärken, Potenziale im Land nutzen, qualifizierte Zuwanderung schneller in Arbeit bringen.** Dazu wollen wir die Berufsorientierung an Schulen verpflichtend ausbauen und junge Menschen gezielt in MINT-, Pflege-, Handwerks- oder IT-Berufe führen. Wir stellen die Ausbildungs- bzw. Hochschulreife der Schulabgänger sicher. Schulabschlüsse müssen halten, was sie versprechen.

Durch eine bessere Kinderbetreuung und flexiblere Arbeitszeitmodelle können Eltern leichter in Vollzeit zurückkehren. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir in der Arbeit halten. Hierfür werden wir die Initiativen des Bundes entsprechend unterstützen und die Anreize für längeres Arbeiten auch in den Landesbehörden stärken. Für Zugewanderte schaffen wir unbürokratische Anerkennungsverfahren und Sprachförderung mit Arbeitsmarktzugang. Dabei ist unser Ziel, die Anerkennung von Berufsabschlüssen innerhalb der EU deutlich zu erleichtern. Wir legen ein großes Augenmerk auf effiziente Bearbeitung von Anerkennungsverfahren. Nur so können qualifizierte Fachkräfte schnell dort arbeiten, wo sie gebraucht werden.

Wir etablieren zudem digitale und mobile Berufsschulformate, um Ausbildungen in ländlichen Regionen attraktiv und erreichbar zu machen. Und wir werden Pilotprojekte starten mit Azubi-Wohnheimen an Standorten mit Blockunterricht.

d. Industrie und Infrastruktur – Grundlage für attraktive Arbeitsplätze

Eine starke Wirtschaft braucht bezahlbare Energie, verlässliche Netze und moderne Infrastruktur. Rheinland-Pfalz droht den Anschluss zu verlieren. Wir wollen eine Energiepolitik mit Vernunft, die Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftskraft verbindet. Dabei gilt: **Energie muss wieder bezahlbar werden.**

Eine kluge Wirtschaftspolitik schafft die Rahmenbedingungen und sorgt mit einem funktionierenden Staat für gesundes Wirtschaftswachstum. Das schafft die Grundlage für einen starken Sozialstaat. Deshalb gilt es, die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen zu schützen und zu erhalten. **Zusätzliche Belastungen**, wie sie zum Beispiel mit dem neuen Landesklimaschutzgesetz entstehen, **lehnen wir ab.** Deshalb werden wir diese **Änderungen des Klimaschutzgesetzes wieder zurücknehmen. Rheinland-Pfalz muss Industrieland bleiben.** Die gut bezahlten Arbeitsplätze in dieser Branche sind das Rückgrat unseres Wohlstands. Wir stehen zu unseren industriellen Kernunternehmen und den Hidden Champions des Mittelstands: In der Chemie, dem Maschinen- und Fahrzeugbau, der Zulieferindustrie sowie der Metallverarbeitung. Gerade für sie gilt es, Investitionen in klimaneutrale Produktion zu erleichtern, Genehmigungen zu beschleunigen und Strompreise zu senken. Dazu gehört die Ermöglichung moderner Technologien wie CCS und CCU, um CO₂ abzuscheiden, zu speichern oder weiterzuverarbeiten. Diese Verfahren sind für energieintensive Branchen ein entscheidender Baustein, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und dennoch klaren Klimazielen zu entsprechen.

Im Bereich der wachsenden **Verteidigungs- und Rüstungsindustrie** wollen wir durch gezielte Förderung wirtschaftliche Potenziale erschließen. Mit der Präsenz der Bundeswehr, dem Beschaffungsamt in Koblenz sowie den US-Streitkräften bietet Rheinland-Pfalz erhebliche Standortvorteile, die es – auch im Bereich Dual-Use – zu nutzen gilt. Wir wollen die vorhandenen Netzwerke stärken und Kooperationen zwischen Industrie, Forschung und militärischen Einrichtungen ausbauen, um Arbeitsplätze zu schaffen, Zulieferer zu stärken und Rheinland-Pfalz als verlässlichen Partner für Sicherheit und Bündnisverteidigung zu positionieren.

Die **Verkehrsinfrastruktur** ist zentrale Lebensader der Wirtschaft. Wir werden Straßen, Brücken und Schienen modernisieren, Planungszeiten durch qualifiziertes Personal in der Bearbeitung drastisch verkürzen sowie Investitionen priorisieren. Dazu gehört vor allem, den massiven Investitionsstau der vergangenen Jahre konsequent aufzulösen. Allein bei Landes- und Kommunalstraßen sowie Brücken beläuft sich der Investitionsbedarf in Rheinland-Pfalz auf mehrere Milliarden Euro. Das ist ein Zustand, der unseren Wirtschaftsstandort und die Mobilität unserer Bürger gleichermaßen belastet.

Um diesen Rückstand abzubauen, müssen die **zentralen Landesbetriebe handlungsfähig** sein. Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) trägt die Hauptverantwortung für Planung, Bau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Wir werden ihn personell und organisatorisch so stärken, dass Projekte schneller geplant, genehmigt und umgesetzt werden können. Dazu gehören gezielte Fachkräftegewinnung, attraktive Arbeitsbedingungen in allen Bereichen sowie eine stärkere Einbindung privater Leistungserbringer (z. B. Planungsbüros). Gleichzeitig wollen wir die **Vorratsplanung** ermöglichen: Der LBM soll Planungen für Straßen- und Brückenprojekte vollständig vorbereiten, auch wenn Finanzmittel oder Baubeschlüsse noch nicht abschließend gesichert sind. So können Kommunen und das Land sofort starten, sobald Ressourcen frei werden. Das reduziert Bauverzögerungen und schützt vor steigenden Kosten.

Darüber hinaus werden wir das Baustellenmanagement des LBM länderübergreifend koordinieren. Eine abgestimmte Planung von Sperrungen und Baumaßnahmen verhindert Staus, reduziert Umwege, spart CO₂ und stärkt den Wirtschaftsverkehr.

Auch der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) spielt eine Schlüsselrolle. Er ist verantwortlich für öffentliche Hochbauprojekte – von Verwaltungsgebäuden über Hochschulen bis hin zu sicherheitsrelevanter Infrastruktur. Wir werden den LBB gezielt stärken, damit **Investitionen des Landes** schneller umgesetzt und Baukosten durch bessere Planung und Koordination gesenkt werden. Dazu zählt auch die Ermöglichung von Vergaben an Generalunternehmen und die gezielte Arbeit mit regionalen Unternehmen. Doppelarbeit bei der Einbindung privater Leistungserbringer muss vermieden werden.

Zur Infrastruktur gehört auch der flächendeckende **Glasfaser- und Mobilfunkausbau**. Wir beschleunigen deshalb den Ausbau von Gigabit- und 5G-Netzen im ganzen Land, insbesondere im ländlichen Raum. Sie sind ein Standortfaktor und für die Zukunft von Rheinland-Pfalz entscheidend. Mittelstand und Industrie, Behörden, Forschungseinrichtungen, das Handwerk, die Landwirtschaft und private Haushalte brauchen leistungsfähige digitale Netze. Ohne sie verliert Rheinland-Pfalz im Standortwettbewerb weiter den Anschluss.

Wir setzen gemeinsam mit den Kommunen auf eine vorausschauende **Flächenentwicklung auf Vorrat**. So schaffen wir rechtzeitig Raum für Neuansiedlungen und Betriebserweiterungen. Wo aus landespolitischer Sicht sinnvoll, werden wir die Kommunen unterstützen, damit Vorratsflächen für Großansiedlungen nicht kleinteilig und ohne strategische Perspektive vergeben werden. Deshalb unterstützen wir den Ausbau interkommunaler Gewerbegebiete und stellen als Land den Kommunen und Unternehmen dafür zentrale Beratungsteams zur Verfügung. Zur Umsetzung nachhaltiger Gewerbeparks mit PV-Anlagen, Blockheizkraftwerken und E-Ladeinfrastruktur werden wir unsere Kommunen darüber hinaus in die finanzielle Lage versetzen, um entsprechend zu investieren.

e. Innovation und Start-ups – Ideen entfesseln

Innovationen sind der Motor für Wohlstand und Fortschritt. Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem führenden Standort für Forschung, Technologie und Start-ups machen. Dazu braucht es Kapital, die richtigen Kooperationen und Mut. Insbesondere für die zweite und dritte Finanzierungsrunde, wenn es gilt, das Geschäftsmodell am Markt unter Beweis zu stellen und zu expandieren, wollen wir den Zugang zu privatem Kapital erleichtern und vereinfachte Wagniskapitalangebote der Investitions- und Strukturbank auflegen.

Technologieparks, Hochschulen und Mittelstandsbetriebe müssen besser vernetzt werden. Denn unsere Universitäten und Forschungszentren sind echte Ideenschmieden. Wir wollen sie stärker mit Unternehmen zusammenbringen – über regionale Innovationscluster, Technologietransferstellen und digitale Gründerplattformen.

Bürokratische Hürden beim Gründen werden abgebaut und Förderprogramme auf das Wesentliche fokussiert. Dafür gilt es, Start-up-Hubs an Hochschulen zu fördern und die Gründungskompetenz direkt im Studium zu stärken. Zudem werden wir uns beim Bund für Steuererleichterungen für Wagniskapital einsetzen.

Wir fördern Zukunftsfelder wie **Künstliche Intelligenz, Life Sciences, Wasserstofftechnologien, kreislauffähige Produkte und nachhaltige Materialien**. Diese Branchen sind Wachstums- und Arbeitsplatzmotoren – sie entscheiden über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Unternehmen und Kommunen erhalten die Möglichkeit, befristete Ausnahmen von Landesrecht zu beantragen, um neue Erfindungen und Ideen auch testen zu können. Die Innovationsgutscheine für kleine und mittelständische Unternehmen werden wir praxisnah ausbauen und den Technik- und Wissenstransfer damit deutlich beschleunigen.

Der Tourismus ist ein **wichtiger Wirtschaftsfaktor** in Rheinland-Pfalz. Er schafft Arbeitsplätze und verbindet Stadt und Land. Wir wollen ihn zu einer Zukunftsbranche machen, die nachhaltig, digital und international sichtbar ist.

Die Eifel, der Hunsrück, das Moseltal, die Nahe und Rheinhessen, die Pfalz, der Westerwald, das Ahr- und das Lahntal und der Rhein sind Schätze, die wir besser vermarkten müssen. Wir fördern digitale Tourismusplattformen und investieren in Rad- und Wanderwege. Gastronomie und Hotellerie können durch die oben genannten Entlastungen bei Steuern, Energie und Bürokratie wieder durchstarten. Zudem wollen wir mit einem **Kulturfördergesetz** das kulturelle Angebot und damit den **Kulturtourismus** stärken. Schließlich sind Museen, Festivals und Denkmäler zentraler Teil unserer rheinland-pfälzischen Identität. Sofern künftig die dorf- und stadtbildprägenden Kirchengebäude umgenutzt werden, wollen wir Anschlussnutzungen für kulturelle Zwecke und Gastgewerbe erleichtern, etwa durch Vereinfachungen der baulichen Anforderungen an gastronomische Kleinbetriebe und einen nachhaltigen Denkmalschutz.

Lebendige Innenstädte vermitteln Lebensqualität und sind Anziehungspunkte für Touristen. Wir stärken die Kommunen, damit diese ihre Innenstädte attraktiver machen können und fördern gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität – etwa durch flexiblere und multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere von leerstehenden Gebäuden, sowie Erleichterungen bei der Außenflächen-Nutzung und beim Denkmalschutz. Zudem werden wir den gesetzlichen Rahmen so verändern, dass verkaufsoffene Sonntage in allen Städten rechtssicher möglich sind als Beitrag zur Stärkung der Innenstädte als Orte der Kommunikation und alltäglichen Begegnung. Nichtgewerbliche Sonntagsflohmärkte und Zwischennutzungen für Kultur, Ateliers oder kleine Bühnen sollen unbürokratisch möglich werden und Orte neu beleben.

Tourismusangebote wollen wir digital und innovativ ausbauen: Von Smart-Tourism-Anwendungen über digitale Erlebnisführungen bis hin zu KI-gestützten Beratungsangeboten in Tourist-Informationen. Dafür braucht es besseren Mobilfunk und WLAN an touristisch relevanten Orten.

Nachhaltigkeit bleibt unser Leitprinzip: Regionale Wertschöpfung soll direkt bei Landwirtschaft, Handwerk, Gastgewerbe und lokalen Betrieben ankommen. Tourismus darf nicht nur die bekannten Hotspots stärken, sondern muss gezielt auch kleinere Orte und neue Regionen fördern.

Unser Ziel: Ein Land, das an sich glaubt

Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das wieder stolz auf seine Wirtschaft ist. Ein Land, in dem Unternehmergeist geschätzt wird, Arbeit sich lohnt und Innovationen willkommen sind. Ein Land, das nicht bremst, sondern begeistert.

Wir stehen für Wachstum durch Freiheit, Wohlstand durch Leistung und Sicherheit durch Verantwortung.

3. Sicherheit und Ordnung - Für ein sicheres Rheinland-Pfalz

Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit. Nur wer sicher leben kann, kann auch frei leben. Rheinland-Pfalz braucht eine Politik, die unsere Sicherheits- und Einsatzkräfte stärkt, den Rechtsstaat schützt und Kriminalität entschlossen bekämpft. Wir stehen an der Seite derer, die für unsere Sicherheit sorgen – Tag für Tag, Tag und Nacht.

Sicherheit ist für uns kein Zufall, sondern Ergebnis klarer politischer Entscheidungen.

Wir wollen ein Land, das Gefahren erkennt, bevor sie entstehen, und das handelt, bevor es zu spät ist.

a. Unsere Polizei verdient Rückhalt und Respekt

Unsere Polizistinnen und Polizisten sichern jeden Tag die innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz.

Sie brauchen Rückhalt, Vertrauen, moderne Ausrüstung und klare Regeln, die im Alltag und im Einsatz wirklich funktionieren – statt überflüssiger Verwaltungsvorgaben. Dafür stärken wir die Polizei personell und organisatorisch: mit dauerhaft hohen Einstellungszahlen, zusätzlichen Studienplätzen an der Polizeihochschule, einem modernen Ausbildungskonzept **und einer Besoldung, die der besonderen Verantwortung des Polizeiberufs gerecht wird.**

Wir **führen Regelbeförderungen** in den Besoldungsgruppen A 10 und A 11 **ein**. Ab der Besoldungsgruppe A 12 gestalten wir Stellen konsequent als Beförderungsdienstposten aus: Nach erfolgreicher Probezeit erfolgt die unmittelbare Beförderung in die der Funktion zugewiesenen Besoldungsgruppe.

Die Polizeizulage, die Feuerwehrezulage und die Zulage der Justizvollzugsbeschäftigten heben wir auf das Niveau des Bundes an und machen sie ruhegehaltstfähig. Darüber hinaus bauen wir das Zulagenwesen gezielt aus und schaffen leistungsorientierte Anreize für besondere Belastungen und Spezialisierungen. Das gilt auch für besondere Führungsverantwortung.

Rheinland-Pfalz braucht wieder **mehr Polizei in der Fläche**, sichtbare Präsenz und schnelle Einsatzbereitschaft. Deshalb bauen wir Verwaltungsaufgaben konsequent ab und weiten den Einsatz von Polizeiassistenzen deutlich aus, damit Polizistinnen und Polizisten wieder dort sind, wo sie gebraucht werden: auf der Straße und im Einsatz. Dazu gehört, dass Dienstzeiten familienfreundlicher werden und Fort- und Weiterbildung systematisch ausgebaut werden. Mit uns gehören Überstunden nicht länger zur Tagesordnung.

Wir investieren in **moderne Technik, sichere Fahrzeuge, digitale Kommunikation und zeitgemäße Schutzausrüstung**. Die Einsatzmöglichkeiten von Body-Cams und elektronischer Fußfessel erweitern wir konsequent. Zudem setzen wir uns für eine rechtssichere, zeitweilige Speicherung von IP-Adressen ein, um Internetkriminalität wirksam und konsequent verfolgen zu können, insbesondere beim Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Dazu gehört für uns selbstverständlich, dass Strafverfolgungsbehörden Mautdaten bei der Bekämpfung mobiler Bandenkriminalität, z. B. bei Geldautomatensprengungen, nutzen können. Zur Erhöhung der Sicherheit an neuralgischen Punkten führen wir eine KI-gestützte Videoüberwachung ein. Sie dient dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der schnelleren Täteridentifikation. Maßstab dafür ist ein Datenschutz mit gesundem Menschenverstand: Er schützt die unbescholtenen Bürger und nicht die Täter.

Wir stehen klar hinter unserer Polizei und allen Einsatzkräften. Wer sie angreift, greift unseren Rechtsstaat an. Gewalt gegen Einsatzkräfte, unabhängig davon, ob bei der Polizei, der Feuerwehr, dem THW oder den Rettungsdiensten, verfolgen wir konsequent und ahnden sie spürbar. Die Kennzeichnungspflicht schaffen wir ab – aus Vertrauen in unsere Beamtinnen und Beamten.

b. Konsequenter Rechtsstaat – Klare Grenzen für Kriminalität

Recht muss durchgesetzt werden – immer, überall und für alle gleich. **Ein funktionierender Rechtsstaat schützt die Anständigen und schreckt Täter ab.**

Wir wollen eine deutliche Beschleunigung von Strafverfahren und eine bessere personelle Ausstattung der Justiz. Die Digitalisierung von Gerichten und Staatsanwaltschaften muss endlich vorankommen, um Verfahren schneller abzuschließen und Opfer besser zu schützen.

Wer das Gesetz bricht, muss spüren, dass der Staat handelt; nicht irgendwann, sondern sofort. Deshalb werden wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften für besonders schwere Delikte einführen und die Gerichte durch zusätzliche Richterstellen entlasten.

Wir steigern die **Attraktivität von Justizberufen** mit besserer Vergütung, moderner IT-Ausstattung und verbesserten Arbeitsbedingungen, von den Servicekräften bei den Gerichten über die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger bis zu den Bediensteten im Strafvollzug. Die Ausbildung der Gerichtsvollzieher wollen wir weiterentwickeln und uns dabei am Vorbild Baden-Württembergs orientieren. Dem Eigenschutz unserer Justizbeschäftigten kommt dabei im Alltag eine besondere Bedeutung zu. Das gilt insbesondere für die zur Verfügung gestellte Sicherheitsausrüstung, aber auch für eine verbesserte Nachbetreuung nach Einsatzbelastungen.

Für uns gilt der Grundsatz, dass der Opferschutz immer Vorrang vor dem Täterschutz haben muss. Dafür werden wir die Haftplätze ausbauen, Opferhilfen stärken, Frauenhäuser besser finanzieren und Gewaltprävention verbindlich machen.

Auch der Strafvollzug braucht klare Perspektiven: **Sicher verwahren, aber auch resozialisieren.** Dafür setzen wir auf Anti-Gewalt-Trainings, Arbeitsprogramme und Täter-Opfer-Ausgleich. Wer bereit ist, sich zu ändern, soll eine zweite Chance erhalten. Wer dies nicht möchte, bleibt unter Kontrolle des Staates.

c. Kampf gegen Extremismus, Terror und Clankriminalität

Extremismus bedroht unsere Demokratie – egal, ob von rechts, links oder religiös motiviert.

Wir stellen uns allen Feinden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entschieden entgegen.

Wir vernetzen die Sicherheitsbehörden enger, stärken Prävention und zerschlagen gezielt extremistische Netzwerke. Dafür richten wir einen **Sicherheitsrat des Landes** ein, dem die Landesregierung, die Sicherheitsbehörden, die Zivilschutzorganisationen, die kommunalen Spitzenverbände und das Landeskommmando der Bundeswehr angehören.

Dem politischen Islam treten wir vehement entgegen, islamistische Gefährder müssen konsequent überwacht und abgeschoben werden. Organisierte Banden zerstören Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir werden zeigen: Der Staat ist stärker als jedes kriminelle Netzwerk. Deshalb richten wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften ein und prüfen die konsequente Vermögensabschöpfung. Wir nehmen die Meldung doppelter Staatsbürgerschaften in die Kriminalstatistik auf, um Probleme klar benennen und angepasst gegensteuern zu können.

Den Verfassungsschutz stärken wir mit mehr Personal und moderner Analysetechnik. Zudem werden wir an unseren Schulen, Vereinen und Kommunen die Extremismusbekämpfung systematisch ausbauen, um Radikalisierungstendenzen frühzeitig begegnen zu können.

Die zunehmende rechts- und linksextreme Gewalt muss von den Sicherheitsbehörden konsequent verfolgt werden. Deshalb wollen wir unsere Sicherheitsarchitektur auf alle Formen der Bedrohung bedarfsgerecht und angemessen vorbereiten – analog und digital. Sicherheit erfordert aber auch die Bereitstellung und Zusammenführung von Informationen. Wir ermöglichen den automatischen Datenabgleich rechtmäßig erhobener Daten zwischen Sicherheits- und Verwaltungsbehörden. Doppelarbeit wird damit vermieden, Gefahren werden schneller erkannt und Täter werden konsequenter verfolgt. Der Datenschutz bleibt durch Protokollierung und Kontrolle gewährleistet.

d. Schutz vor Cyberkriminalität und kritischer Infrastruktur

Digitale Sicherheit ist Teil der inneren Sicherheit im 21. Jahrhundert. **Cyberkriminalität, digitale Erpressung und Angriffe auf unsere Infrastruktur sind reale Bedrohungen für Staat, Wirtschaft und unsere Bürgerinnen und Bürger.** Wir entwickeln die digitalen Fähigkeiten unserer Polizei zum Schutz unserer Gesellschaft deutlich weiter – mit Spezialisten für Cybercrime und digitaler Forensik.

Wir legen einen besonderen Schwerpunkt auf die IT- und Cybersicherheit. Denn gerade unsere Kommunen, Landeseinrichtungen und Versorgungsbetriebe werden zunehmend gezielt Opfer von Cyberangriffen. Diese zentralen Bereiche müssen wir wirksam vor Hackerangriffen schützen. Dies gelingt uns mit einer landesweiten IT-Sicherheitsberatung und verbindlichen Standards. Für den Notfall müssen entsprechende Schutzkonzepte vorhanden sein.

Besonders die kritischen Infrastrukturen wie Strom-, Wasser- und Gesundheitsversorgung verdienen höchste Aufmerksamkeit und bestmögliche Absicherung. Digitale Sicherheit ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil der modernen Daseinsvorsorge.

e. Brand- und Katastrophenschutz und Bundeswehr – Verlässlich, modern, stark

Die Flutkatastrophe an der Ahr hat gezeigt, dass Rheinland-Pfalz im Katastrophenschutz besser werden muss. **Wir wollen einen modernen, vernetzten Brand- und Katastrophenschutz mit klaren Zuständigkeiten. Digitale Alarmierung und bessere Ausrüstung müssen flächendeckend verfügbar sein.**

Wir unterstützen die noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Ehrenamt und hauptamtlichen Kräften. Feuerwehr, THW und unsere Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz bekommen unsere volle politische Unterstützung. Wer anderen hilft, braucht selbst den größtmöglichen Rückhalt und Schutz. Dieses Engagement verdient unsere Rückendeckung – mit bester Ausstattung, rechtlicher Absicherung und besonderer Wertschätzung durch unsere Gesellschaft.

Dafür stärken wir das neu gegründete Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz in Koblenz mit mehr Personal und Ausbildungskapazitäten. Wir schaffen die rheinland-pfälzischen Sondervorschriften für Feuerwehrfahrzeuge ab und setzen auf bundesweite Standards, um Kosten und Beschaffungszeiten zu senken. Auch Sammelbestellungen werden dadurch möglich. **Wir ergänzen die Verteilung der pauschalen Zuwendung um den Punkt des Gefährdungspotenzials und erhöhen die Mittelausschüttung an die Kommunen insgesamt auf 90 Prozent der Feuerschutzsteuer.** Zudem wollen wir ein landesweites Hochwasser- und Krisenwarnsystem sowie regelmäßige Übungen auf Landesebene mit moderneren Fahrzeugen, die in allen Regionen des Landes vorhanden sein müssen. Kommunen erhalten Planungshilfen, um Katastrophenschutzkonzepte und örtliche Katastrophenschutzzentren weiterzuentwickeln und zu aktualisieren.

Wir stärken unsere **Feuerwehren** insgesamt: mit Unterstützung bei der Nachwuchsgewinnung, modernisierten Gerätehäusern und einer stärkeren finanziellen Entlastung der Kommunen. Zudem unterstützen wir gezielt unsere Jugendfeuerwehren, um Engagement und Verantwortung zu fördern. Denn die Mitglieder unserer freiwilligen Feuerwehren leisten einen ganz besonderen Dienst in unseren Kommunen.

Im Ehrenamt halten sie den Brand- und Katastrophenschutz im Land aufrecht. Sie bilden sich in ihrer Freizeit weiter nach dem neuesten Stand der Technik und sind rund um die Uhr in Rufbereitschaft, um anderen zu helfen – und das oft über Jahrzehnte hinweg. In einem ersten Schritt wollen wir als ein **sichtbares Zeichen der Anerkennung** die Auszeichnungsrichtlinien des Landes anpassen und aufwerten. Wer für langjährige aktive, pflichttreue Tätigkeit bei der Feuerwehr durch das Land ausgezeichnet wird, **erhält neben den bisherigen Ehrenzeichen eine Dankesprämie.** Diese soll bei Verleihung des Silbernen Feuerwehr-Ehrenzeichens nach 25 Jahren 250 Euro und bei Verleihung des Goldenen Feuerwehr-Ehrenzeichens nach 35 Jahren 350 Euro sowie nach 45 Jahren 450 Euro betragen. Darüber hinaus werden wir auch eine neue Ehrung für 50 Jahre mit einer Prämie in Höhe von 500 Euro einführen. Den **noch aktiven Feuerwehrkameradinnen und -kameraden**, die ein solches Ehrenzeichen bereits erhalten haben, wollen wir die Dankesprämie der letzten Auszeichnung ebenfalls zukommen lassen.

Die wichtige Arbeit der **Ehrenamtlichen bei den Hilfsorganisationen** im Katastrophenschutz werden wir ebenfalls besser würdigen; langjährige, aktive Tätigkeit wollen wir auch dort entsprechend anerkennen und auszeichnen.

Den **Erwerb von Fahrerlaubnissen** der Klassen B und C, die im Einsatz genutzt werden können, **werden wir für alle Feuerwehrangehörigen pauschal mit je 500 Euro Landesmitteln fördern;** Voraussetzung ist die Verpflichtung für einen mindestens 10-jährigen aktiven Dienst. Damit unterstützen wir unsere Ehrenamtlichen und stärken die Einsatz- und Tagesausrückefähigkeit unserer Feuerwehren landesweit.

Die Bundeswehr ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. **Rheinland-Pfalz ist Bundeswehrland.** Die Standorte der Bundeswehr und der amerikanischen Streitkräfte sind sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich von zentraler Bedeutung – ebenso wie die dort beschäftigten zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir stärken diese Standorte und setzen uns für ihren dauerhaften Erhalt ein. **Bei militärischen Bauvorhaben befreien wir die Bundeswehr von landesrechtlichen Sondervorschriften,** um Planungs- und Bauzeiten deutlich zu verkürzen.

Den Tag der Bundeswehr begreifen wir als sinnvolle Ergänzung und als Werbung der Sicherheitsvorsorge im Inland. Wir setzen uns für eine **Prüfung der verfassungsrechtlichen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr bei schweren Gefahrenlagen** ein, um im Ernst- und Katastrophenfall handlungsfähiger zu sein. Das dient dem Schutz der eigenen Bevölkerung. Zudem setzen wir uns mit einer Bundesratsinitiative für die **Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres** ein.

f. Sicherheit durch Präsenz – Gemeinsam für ein sicheres Land

Sicherheit ist Gemeinschaftsaufgabe. **Wir wollen, dass Menschen sich überall in Rheinland-Pfalz sicher fühlen – ob in der Großstadt oder im Dorf.**

Wir stärken unsere Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten und führen ein landesweites, einheitliches Berufsbild ein. Die Ausbildung wird modernisiert und zu einem umfangreichen Ausbildungsberuf mit Rechts-, Einsatzpraxis- und Kommunikationstraining an der Hochschule für Polizei. Damit stärken wir die Präsenz des Ordnungsdienstes im öffentlichen Raum und können zugleich unsere Polizei gezielt entlasten. In Verbindung mit einer stärkeren Ausleuchtung, KI-gestützter Videoüberwachung an Brennpunkten und dann mehr Einsatzkräfte auf unseren Straßen schaffen wir Vertrauen und verhindern Straftaten. Wir stehen für Sicherheit, die man sieht und spürt – mit Respekt vor den Menschen und Entschlossenheit gegenüber Kriminalität. Zudem gehen wir entschieden gegen eine zunehmende Verwahrlosung und Vandalismus im öffentlichen Raum vor. Wir schauen nicht weg, sondern werden präventive Maßnahmen ergreifen und Schäden schnell beseitigen. So wird Rheinland-Pfalz zu einem Land, in dem unsere Sicherheitskräfte noch stärker sichtbar, ansprechbar und entschlossen sind.

g. Klare Leitplanken für ein sicheres und verantwortungsvolles Glücksspiel

Wir stehen zu einem Glücksspielrecht in Deutschland und Rheinland-Pfalz, das sich streng am Jugend- und Spielerschutz orientiert. Anbieter erhalten nur dann eine dauerhafte Lizenz, wenn sie Regeln konsequent einhalten und Kontrollstandards erfüllen. Ein attraktiver und am Spielerinteresse ausgerichteter legaler Markt bleibt der wirksamste Schutz gegen illegales Glücksspiel und Schwarzmarkt. Das Glücksspielrecht werden wir fortlaufend modernisieren, mit starkem und wirksamen Jugend- sowie Spielerschutz als unverrückbarem Maßstab. Damit bleiben Innovationen und legale Angebote möglich und werden nicht blockiert oder auf den illegalen Markt verdrängt.

Unser Ziel: Ein sicheres Rheinland-Pfalz

Ein starker Rechtsstaat schützt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Unsere Polizei, Feuerwehr, Hilfskräfte im Katastrophen- und Zivilschutz, unser kommunaler Vollzugsdienst und unsere Justiz verdienen volle Unterstützung und Rückhalt.

Sicherheit ist keine Nebensache – sie ist Staatsaufgabe Nummer eins. Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, in dem Menschen sich sicher fühlen, weil sie wissen: **Unser Staat ist stark, gerecht und entschlossen.**

4. Migration und Integration – Chancen nutzen, Regeln einhalten

Zuwanderung kann unser Land bereichern – aber sie muss geordnet ablaufen, damit Integration gelingt. Rheinland-Pfalz ist ein offenes und hilfsbereites Land. Viele Zugewanderte leisten Tag für Tag ihren Beitrag zu Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Doch wir wissen: Zu viel unregelte Migration überfordert unsere Strukturen und gefährdet Akzeptanz und Zusammenhalt. Insbesondere kriminelle ausreisepflichtige Flüchtlinge dürfen nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden, sondern müssen in einen Ausreisearrest. Deshalb gilt für uns: **Humanität und Ordnung gehören zusammen.**

a. Steuerung und Begrenzung von Migration

Wir wollen Migration in Rheinland-Pfalz steuern, begrenzen und besser ordnen. Unser Land kann viel Integration leisten, aber eben nicht unbegrenzt. Denn darunter leiden auch diejenigen, die zu Recht in Deutschland Schutz erhalten. **Schließlich ist das Asylrecht kein Einwanderungsrecht,** sondern schützt Verfolgte. Deshalb braucht Rheinland-Pfalz eine Politik, die zwischen Schutz und Missbrauch klar unterscheidet.

Wir setzen uns dafür ein, dass Verfahren schneller, klarer und digitaler werden. Asylverfahren müssen binnen weniger Monate entschieden werden, nicht erst nach Jahren. Wer bleiben darf, soll rasch Klarheit haben und in die Kommunen vor Ort verteilt werden. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent zurückgeführt werden – direkt und unmittelbar aus einer Einrichtung des Landes.

Auch an unseren Grenzen gilt: **Illegale Einreisen müssen verhindert, Rückführungen endlich umgesetzt werden.** Dafür muss auch die Landesregierung eigene Rückführungskapazitäten schaffen. Mit zentralen Einrichtungen, einheitlichen Verfahren und klaren Verantwortlichkeiten muss das Land die Vorreiterrolle übernehmen. Das heißt, dass Asylsuchende grundsätzlich bis zum Abschluss ihres Verfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Nur wer eine Bleibeperspektive hat, wird auf die Kommunen verteilt. So schützen wir die Kommunen vor Überlastung und schaffen faire Bedingungen für eine gelingende Integration.

Wir werden im Sinne eines Single Point of Contact (SPoC) eine **zentrale Ausländerbehörde** bei der ADD schaffen, die alle ausländerrechtlichen Verfahren bündelt, Abschiebungen koordiniert, sie beschleunigt und die Kommunen entlastet. Dabei haben Rückführungen von Straftätern Priorität. Das gelingt uns mit einer **eigenen zentralen Abschiebeeinrichtung** mit klaren Abläufen und Zuständigkeiten. Zugleich setzen wir uns weiter für eine Harmonisierung der Leistungen ein: Sachleistungen statt Geldleistungen, im Einklang mit unseren Nachbarländern. Wer Hilfe bekommt, soll sie in Form von Unterkunft, Essen und Versorgung erhalten und nicht als Anreiz, um seinen Wohnort in andere Bundesländer oder Kommunen zu verlagern.

Zudem muss sich die Aufnahme von Schutzsuchenden an der Aufnahmefähigkeit der Kommunen orientieren. Wir werden das Land stärker in die Pflicht nehmen: Mit einer höheren Kostenbeteiligung an Unterbringung, Betreuung und Integration. Wir werden uns Klarheit darüber verschaffen, welche freien Landes- und Bundesimmobilien für Unterkünfte genutzt werden können, um Kommunen finanziell und organisatorisch zu entlasten.

Migration braucht Ordnung, Differenzierung und klare Regeln. Deshalb unterscheiden wir zwischen legaler Arbeitsmigration, Flucht vor Krieg und Verfolgung, Heimkehr von Aussiedlern und Migration ohne Rechtsgrundlage. Nur wer aus berechtigtem Grund kommt oder unser Land mit seiner Arbeit stärkt, kann Teil unseres Miteinanders werden. Als CDU Rheinland-Pfalz unterstützen wir den Weg der Bundesregierung, die **Balance zwischen Hilfe und Kontrolle** wiederherzustellen. Dabei ist für uns klar: Wir helfen, wo Hilfe notwendig ist, und wir setzen Grenzen, wo Ordnung geboten ist.

b. Integration durch Sprache, Arbeit und Wertevermittlung

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie gelingt nur, wenn Menschen, die zu uns kommen, Verantwortung übernehmen und unsere Werte leben. Sprache, Bildung und Arbeit sind die Schlüssel zum Erfolg. Dazu gehören aber auch Respekt, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung. Für uns gilt deshalb klar: **Integration ist eine Pflicht und keine Wahl.**

Wir setzen uns für eine verbindliche Integrationsvereinbarung ein. Sie regelt die gegenseitigen Pflichten, wie Sprachkurse, Arbeitssuche, Wertevermittlung und die Bereitschaft, Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Sprache ist der schnellste Schlüssel zur Teilhabe. Wir sorgen dafür, dass **Integrations- und Sprachkurse ab dem ersten Tag verpflichtend** werden. Die Teilnahme ist kein Angebot, sondern Voraussetzung für Integration. Gezielte Sprachförderung soll nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene selbstverständlich sein – mit dem verpflichtenden Ziel einer eigenständigen Verständigung in Alltag und Beruf.

Integration braucht klare Werte. Wir wollen verpflichtende Orientierungskurse, die Demokratie, Gleichberechtigung und unsere freiheitlichen Werte vermitteln. Wer hier lebt, muss wissen, was dieses Land stark macht, und muss dies auch respektieren. Frauenrechte, Religionsfreiheit, Toleranz und das Existenzrecht Israels sind nicht verhandelbar.

Und Arbeit ist die beste Integration. Wir wollen, dass Flüchtlinge, die dauerhaft bleiben dürfen, frühzeitig Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Bürokratische Hürden zwischen Jobcenter, Ausländerbehörde und Arbeitgebern müssen abgebaut werden. Unternehmen, die Menschen ausbilden und integrieren, werden gezielt unterstützt. Dafür erhalten sie gezielte Beratung und Förderung. Zudem wollen wir mehr Sprach- und Bildungsangebote mit Arbeitsbezug. Dies gilt etwa für das Handwerk, die Pflege, Gastronomie und Produktion. So schaffen wir Integration durch Leistung und Teilhabe, nicht durch Abhängigkeit.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen besondere Förderung. Frühkindliche Sprachförderung, verpflichtende Kita-Besuche und gezielte Unterstützung an Schulen sind dabei zentrale Schritte. Die Kita ist der erste Integrationsort: Sie vermittelt Sprache, Regeln, Miteinander und Teilhabe. Deshalb führen wir ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr für alle Kinder ein. Kinder und Jugendliche, die bereits im Schulalter nach Deutschland kommen, besuchen, bevor sie regeleingeschult werden, eine Sprach-Intensivklasse. Hier erhalten sie die Sprachkenntnisse, die für den Zeitpunkt der Einschulung notwendig sind.

Integration ist eine Bringschuld – aber auch eine Chance. Wir fördern Menschen, die sich einbringen, und setzen Grenzen für die, die Regeln missachten. Integration heißt Mitmachen und nicht Zuschauen. Für uns gilt: Rheinland-Pfalz soll Land der Möglichkeiten bleiben, aber kein Land der Beliebigkeit werden.



Unser Ziel: Ordnung, Verantwortung, Zusammenhalt

Wir stehen für eine Migrationspolitik mit Herz und Verstand. Rheinland-Pfalz ist ein Land, das hilft, wo Hilfe nötig ist, und Regeln durchsetzt, wo Ordnung geboten ist. Ein Land, das Chancen eröffnet und Verantwortung verlangt. Wer dazugehören will, ist herzlich willkommen. Wer unsere Regeln ablehnt, soll unser Land verlassen.

5. Gesundheit und Pflege - Nah, modern und menschlich

Gesundheit bedeutet Lebensqualität und ist Daseinsvorsorge. Ob in der Stadt oder auf dem Land: Jeder Mensch in Rheinland-Pfalz soll sich darauf verlassen können, im Notfall schnell Hilfe zu bekommen und wohnortnah medizinisch und pharmazeutisch versorgt zu werden. Deshalb schaffen wir **eine Gesundheits- und Pflegestruktur, die überall im Land stark, modern und menschlich ist.**

Unsere Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Pflegerinnen und Pfleger, Therapeutinnen und Therapeuten und unsere Rettungskräfte leisten Tag für Tag Großes. Sie verdienen Respekt, faire Arbeitsbedingungen und eine Politik, die sie stärkt, statt behindert. **Gesundheit und Pflege müssen gemeinsam gedacht, gestärkt und zukünftig, zusammen mit der Notfallmedizin, in einem Ministerium gebündelt werden.**

a. Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ganzen Land

Gesundheit darf keine Frage der Postleitzahl sein. Wir setzen uns dafür ein, dass überall in Rheinland-Pfalz eine gute medizinische Versorgung gewährleistet bleibt. Dies gilt für die Hausarztpraxis, für Fachärzte und für die Notfallversorgung. Dabei ist die wohnortnahe Versorgung unser Leitprinzip. Wir stärken unsere Haus- und Fachärzte, die die zentrale Stütze unseres Gesundheitssystems bilden. Mit der Erhöhung der **Studienplätze in der Humanmedizin** und dem Schaffen zielführender Stipendienprogramme werden wir den Arztberuf auf dem Land attraktiver machen. Dazu gehören eine gezielte Förderung, eine gute Infrastruktur und verlässliche Rahmenbedingungen.

In großen Landkreisen und Regionen, in denen Krankenhäuser in den vergangenen Jahren geschlossen werden mussten, unterstützen wir die Kommunen beim Ausbau von **sektorenübergreifenden Praxiskliniken**, die nach dem individuellen Bedarf und der gemeinsamen Planung von Landkreis und Land ausgerichtet werden. Diese Zentren können in unterversorgten Regionen haus- und fachärztliche Angebote bündeln und bei Bedarf um passende Angebote erweitert werden, damit medizinische Hilfe auch außerhalb der regulären Sprechzeiten schnell erreichbar ist. Apotheken sollen gezielt in die regionale Planung einbezogen werden, um die Versorgung mit Medikamenten in unmittelbarer Nähe sicherzustellen.

Pflegerische Angebote, insbesondere Tages- und Kurzzeitpflege sowie solitäre Nachpflege, sollen dort integriert werden, wo sie benötigt werden und ein Träger oder Betreiber Verantwortung übernimmt. Das stärkt die Zusammenarbeit zwischen medizinischer und pflegerischer Versorgung und entlastet pflegende Angehörige im Alltag.

Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegerinnen und Pfleger erhalten in diesen Praxiskliniken moderne, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und flexible Arbeitszeitmodelle, damit die Gesundheitsberufe im Land attraktiv bleiben. Damit sind sie ein ergänzender **Baustein zur Sicherung der medizinischen Versorgung** in der Fläche und stärken die bestehenden Krankenhausstandorte. Dafür stellen wir eine eigenanteilfreie Finanzierung zur Verfügung und werden in der genauen Ausgestaltung die Kommunen und Organisationen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen mit in die Umsetzung einbeziehen.

Unser Ziel ist ein belastbares und flächendeckendes Netz aus wohnortnaher medizinischer Betreuung für Stadt und Land gleichermaßen, das die Menschen in Rheinland-Pfalz spürbar unterstützt.

Ein weiteres zentrales Anliegen für uns ist die verlässliche und schnelle Vergabe von Facharztterminen. Zu viele Patientinnen und Patienten warten heute Wochen oder Monate auf notwendige Untersuchungen oder Behandlungen. Das ist nicht akzeptabel. Wir werden deshalb unter anderem die Terminservicestellen stärken und digitale Terminvermittlungen ausbauen. Unser Ziel ist klar: spürbar kürzere Wartezeiten für alle Patientinnen und Patienten.

Wir setzen auf Digitalisierung als Chance. Telemedizin und Videosprechstunden können Versorgung sichern, wenn Wege weit sind oder Ärztinnen und Ärzte fehlen. Telemedizin soll deshalb fester Bestandteil der Regelversorgung werden, besonders in Regionen mit Ärztemangel. Sie ist für uns eine sinnvolle Ergänzung, ersetzt jedoch nicht die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Bereich.

Unsere Universitätsmedizin bleibt Herzstück der Versorgung und Forschung. Der Standort Mainz muss weiter gestärkt, modernisiert und verlässlich finanziert werden. Wir werden die Zahl der Medizinstudienplätze auf 650 erhöhen und damit **mindestens 200 zusätzliche Vollstudienplätze** schaffen. Für uns ist klar, dass wir die Ärztinnen und Ärzte von morgen hier in Rheinland-Pfalz ausbilden müssen und damit eine Ausbildung in europäischen Nachbarländern nur eine Übergangslösung sein darf. So lange werden wir Kooperationen mit Universitäten im europäischen Ausland, an denen Studentinnen und Studenten aus Deutschland Humanmedizin studieren können, fördern. Nur so können wir die ärztliche Versorgung sicherstellen, wenn bereits heute 40 Prozent aller niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte über 60 Jahre alt sind. Daneben setzen wir uns für die Gründung einer zweiten medizinischen Fakultät und den Ausbau mehrerer Satellitenstandorte ein, auch in Kooperation mit dem benachbarten Saarland.

Mit einem eigenen Landesprogramm „**Start, Stay & Comeback**“ wollen wir Medizinerinnen und Mediziner in den Dienst zurückholen oder – zumindest in Teilzeit – von einer Weiterarbeit überzeugen. Das gilt für alle Studentinnen und Studenten der Medizin sowie für alle nicht praktizierenden und älteren Ärztinnen und Ärzte. Zudem muss die Anerkennung ausländischer Abschlüsse unter Wahrung unserer zu Recht hohen Qualitätsansprüche beschleunigt werden.

Weiterhin gilt es, die Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Versorgung noch stärker zu fördern. Das schafft auch neue Möglichkeiten, insbesondere bei der Ausbildung junger Medizinerinnen und Mediziner. Eine enge Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung soll zur Regel werden, damit Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte sowie Therapeutinnen und Therapeuten gemeinsam für die Patientinnen und Patienten arbeiten und nicht nebeneinanderher.

Rettungsdienst und Notfallversorgung sind für uns ein fester Bestandteil der Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir eine verlässliche, moderne und flächendeckende Notfallversorgung mit klaren Zuständigkeiten. Im Notfall zählt jede Minute und wer den Rettungsdienst braucht, soll nicht länger als 10 Minuten warten müssen. Deshalb sorgen wir dafür, dass Notarztstandorte erhalten bleiben, gerade im ländlichen Raum. Zudem gilt es, den Rettungsdienst noch digitaler und besser zu vernetzen, um Notfallketten zu verkürzen und Leben zu retten. Gerade weil die Landesregierung dem Krankenhaussterben tatenlos zuschaut und damit auch das Verschwinden von Notaufnahmen auf dem Land in Kauf nimmt, wird eine schnelle Versorgung durch Hubschrauber umso wichtiger.

Wir verbessern die Luftrettung: Dazu richten wir die Einsatzzeiten und die Anzahl der Hubschrauber-Standorte flexibel am tatsächlichen Bedarf aus. **Moderne Nachtsichtgeräte und automatische Hinderniserkennung werden Standard**, damit die Luftrettung in Regionen mit langen Rettungsfristen am Tag und in der Nacht bestmöglich einsatzfähig ist. Gerade beim Schlaganfall oder Herzinfarkt darf es nicht von der Postleitzahl abhängen, wie groß die Überlebenschancen im Notfall sind.

Bis 2030 vernetzen wir alle stationären, ambulanten und rettungsdienstlichen Akteure digital, damit Informationen in Echtzeit dort ankommen, wo sie Leben retten.

Die Gesundheitsämter werden stärker unterstützt und durch ein neues **Landesgesundheitsamt** koordiniert, das landesweite Standards sichert und auf Krisen vorbereitet ist.

Gesundheit bedeutet auch Vorsorge. Wir werden **Prävention, Sucht- und Gesundheitsförderung** in allen Lebensphasen stärken. Dafür schaffen wir niedrigschwellige Angebote der Sucht- und Drogenhilfe und gehen gezielt gegen die zunehmende Verbreitung von illegalen Substanzen vor. **Prävention und Rehabilitation stehen für eine vorausschauende Gesundheitspolitik:** Sie schützen Lebensqualität, fördern Eigenständigkeit und entlasten dauerhaft unser Gesundheitssystem. Deshalb ist Gesundheitsförderung für uns keine Nebensache, sondern eine Investition in Lebensqualität, Gerechtigkeit und Zukunft.

Apotheken sind für uns Teil der Daseinsvorsorge. Wir setzen uns für eine sichere Apothekenversorgung und den Abbau von Versorgungsengpässen ein. Außerdem werden wir die Pharmazie-Studienplätze erhöhen. Dabei gilt es Rheinland-Pfalz weiter als Leitstandort für die Pharma- und Gesundheitswirtschaft sowie für Biomedizin und -technologie zu positionieren.

Die Förderung von Hebammenkreißsälen und Hebammenzentralen verbessern wir gezielt. Wir etablieren eine Amtshebamme sowie ein Hebammenregister, welches einem neu zu schaffenden Landesgesundheitsamt angegliedert wird und erfasst, wer welche Leistungen an welchem Ort anbietet. So stellen wir systematische Datenerfassung sowie bedarfsgerechte Planung sicher. Auf Bundesebene werden wir uns mit Blick auf den Hebammenhilfevertrag für Nachverhandlungen stark machen, damit Beleghebammen wieder voll vergütet werden. Zudem werden wir ein **Augenmerk auf die Frauengesundheit** legen. Wir wollen die Gender Health Gap schließen, indem wir uns für eine konsequente Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede einsetzen.

Für **psychisch Erkrankte** werden wir eine wohnortunabhängige Versorgung sicherstellen. Das bedeutet einen Ausbau ambulanter und aufsuchender Angebote, verlässliche Krisendienste, Stärkung der Tageskliniken und Institutsambulanzen, bessere Vernetzung sowie Telepsychiatrie als Ergänzung. Ziel ist eine durchgängige Versorgungskette, auch im ländlichen Raum.

b. Krankenhäuser

Unsere Krankenhäuser sind ein zentraler Pfeiler unserer medizinischen Versorgung.

Hier wird nicht nur behandelt, sondern Vertrauen geschenkt, Hoffnung gegeben und Leben gerettet. Rheinland-Pfalz braucht ein Krankenhauswesen, das Qualität sichert, aber auch wohnortnahe Strukturen erhält. Dafür werden wir einen „**Lebende Krankenhäuser-Fonds**“ mit einem Volumen von 150 Millionen Euro jährlich auflegen, um alle Kliniken zu erhalten, bis die Bundesreform greift.

Als CDU wollen wir eine Krankenhausplanung, die auf Qualität, Erreichbarkeit und bedarfsgerechte Planung setzt. Eben nicht auf Zentralisierung um jeden Preis. Das gilt auch für die Geburtsstationen im ländlichen Raum, damit Familien in der Nähe des Wohnorts entbinden können und Heimat erhalten bleibt.

Krankenhäuser müssen zur Notfallversorgung dort bleiben, wo sie gebraucht werden: Nah bei den Menschen. Deshalb muss das Land endlich seiner **Investitionspflicht** nachkommen. Viele Häuser sind baulich und technisch veraltet, weil die nötigen Mittel fehlen. **Wir wollen ein landesweites Investitionsprogramm, das Gebäude saniert, Digitalisierung fördert und moderne Medizintechnik ermöglicht.**

Dabei werden die Praxiskliniken als Bindeglied zwischen stationärer und ambulanter Versorgung ausgebaut. Sie vernetzen Hausärzte, Fachärzte, Pflege und Telemedizin und entlasten gleichzeitig die Krankenhäuser.

Gute Versorgung braucht gutes Personal. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen, mehr Personal, flexible Dienstmodelle und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten und Hebammen bekommen mehr Zeit für Menschen und vergeuden sie nicht für Bürokratie.

Auch die **Notfallversorgung** muss reformiert werden: Wir wollen gemeinsame Leitstellen, eine digitale Vernetzung von Rettungsdienst und Krankenhäusern sowie klare Zuständigkeiten bei Notaufnahmen. Rheinland-Pfalz muss auch auf Pandemien und Katastrophen besser vorbereitet sein. Deshalb wollen wir in Verbindung mit einem Landesgesundheitsamt die Krisen- und Katastrophenschutzstrukturen unserer Krankenhäuser verbessern.

Für uns sind Krankenhäuser kein reiner Kostenfaktor, sondern Orte der Hilfe. Deshalb müssen Verantwortung und Menschlichkeit wieder Vorrang vor reiner Wirtschaftlichkeit haben. Wir fördern Innovation und Out-of-the-box-Denken und legen daher ein Förderprogramm für „Neue Wege in der Gesundheitsversorgung“ auf. Dieses Programm unterstützt gezielt Pilotprojekte, wie „Kurzzeitpflege in Krankenhäusern“ oder regionale Leuchttürme im stationären Umfeld. So machen wir Kliniken zu Impulsgebern der modernen Gesundheitsversorgung.

c. Stärkung der Pflege

Pflege ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Wer pflegt, verdient mehr als Applaus, und zwar faire Löhne und politische Unterstützung. Deshalb wollen wir eine Pflegepolitik, die Menschlichkeit mit Qualität und Zukunftssicherheit verbindet und damit als ganzheitlicher Ansatz wirkt. **Pflege wird deshalb nicht länger über mehrere Ressorts verteilt.** Wir bündeln alle Pflegezuständigkeiten innerhalb eines bestehenden Ministeriums, damit Entscheidungen schneller getroffen und Strukturen klarer organisiert sind.

Pflege darf kein Bürokratiemonster sein. Wir setzen uns für einfache Verfahren, digitale Dokumentation und eine deutliche Entlastung der Pflegekräfte ein. Gleichzeitig wollen wir die Anzahl der Pflege-Ausbildungsplätze um mindestens 25 Prozent steigern und die Pflegeschulen digital ausstatten. Denn Rheinland-Pfalz braucht eine Pflegeoffensive, die Ausbildung, Rückkehr in den Beruf und Fachkräftegewinnung gleichermaßen fördert. Ergänzend müssen wir attraktive Arbeitsbedingungen (einschließlich moderner Unterstützung von Robotik und KI) und gezielte Programme für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger schaffen. Mit der schnelleren Anerkennung ausländischer Abschlüsse und gezielten Anwerbungsprogrammen innerhalb der EU kann es uns gelingen, auch weitere Pflegekräfte zu uns zu holen.

Wir werden die **Pflegekammer** neu aufstellen. Sie soll eine transparente Interessenvertretung der Pflegerinnen und Pfleger sein, jedoch ohne Zwangsmitgliedschaft. Pflegekräfte sollen spüren, dass ihre Mitwirkung von Vorteil ist, aber sie sollen auch frei darüber entscheiden können, ob sie Mitglied sein wollen oder nicht. Für uns ist klar: Die Pflegekammer muss den Pflegerinnen und Pflegern dienen, nicht über sie bestimmen.

Wir stärken die ambulante Pflege und fördern Pflegewohngemeinschaften. Die Finanzierung der Pflegestützpunkte sichern wir nachhaltig. Denn Pflege darf nicht in Einsamkeit enden, sondern muss Teil einer lebendigen Nachbarschaft bleiben.

Pflegende Angehörige leisten einen Großteil der Pflege in Rheinland-Pfalz. Sie brauchen mehr Entlastung, flexible Arbeitszeiten und finanzielle Unterstützung. Wir wollen sie gezielt fördern. Dafür brauchen wir einen Ausbau der Beratungsmöglichkeiten sowie von Pflegezeitmodellen und steuerlicher Entlastung auf Bundesebene. Mit der **Schaffung von mehr Kurzzeit-, Tages- und Verhindertenpflegeplätzen** können wir Familien unmittelbar entlasten. Dazu gehört auch die Erstellung von Notfallplänen, die zumindest eine vorübergehende Versorgung gewährleistet, wenn pflegende Angehörige kurzfristig ausfallen. Die finanzielle Unterstützung durch Gemeindschwestern und mobilen Pflegediensten wird dieses kommunale Angebot weiter verstärken.

Wir werden mit dem **Modellprojekt QuartierPflege** neue Wege in der wohnortnahen Versorgung gehen. Ziel ist es dabei, Pflege, medizinische Versorgung, soziale Angebote, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe im Quartier besser zu vernetzen und zu koordinieren. So ermöglichen wir älteren und pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihrer vertrauten Umgebung und entlasten zugleich pflegende Angehörige. Bewährt sich dieses Modell, werden wir die QuartierPflege schrittweise auf alle Regionen in Rheinland-Pfalz ausrollen.

Pflegeeinrichtungen müssen zudem **digital besser vernetzt** werden, damit Übergänge zwischen Krankenhaus, Rehabilitation und häuslicher Pflege reibungslos funktionieren. Mit einem digitalen Pflegeplatzfinder machen wir passende Angebote und freie Plätze für Betroffene sichtbar. Darüber hinaus gilt es auch in der stationären Pflege, die Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsangebote zu verbessern. Zudem vertrauen wir den Anbietern bei der Flexibilisierung der Fachkraftquote. Für den ländlichen Raum werden wir uns für spezielle Modelle für Pflegewohngemeinschaften einsetzen.

Wir **bauen die Hospiz- und Palliativversorgung aus** und fördern entsprechende Weiterbildungen für Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte und Ehrenamtliche. Das Land leistet einen Investitionskostenzuschuss bei der Einrichtung von Hospizen und Palliativeinrichtungen.

Pflege ist mehr als Versorgung. Wir fördern das Ehrenamt, Nachbarschaftshilfen und Quartiersprojekte, die Zusammenhalt und Nähe schaffen. **Wer für Menschen arbeitet, verdient politische Rückendeckung.** Wir werden Pflegeberufe gesellschaftlich aufwerten, sowohl was die Anerkennung als auch die Verantwortung anbelangt. Wir hören auf das umfangreiche Expertenwissen in der Pflege über die Sektorengrenzen hinweg und setzen auf Best-Practice-Beispiele der Branche. Dabei haben wir die Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Laienpflegerinnen und Laienpfleger im Blick.

Unser Ziel: Gesundheit und Pflege sind Versprechen an die Menschen.

Wir stehen für ein Rheinland-Pfalz, das niemanden allein lässt, das Sicherheit, Nähe und Menschlichkeit verbindet. Denn: Ein starkes Gesundheits- und Pflegesystem schützt nicht nur die Menschen, sondern auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

6. Familie, Gesellschaft, Kultur, Sport, Ehrenamt, Medien und Europa - Zusammenhalt stärken, Vielfalt fördern und Ehrenamt würdigen

Familien sind das Herz unserer Gesellschaft. Sie geben Halt, Geborgenheit und Verantwortung weiter und das über Generationen hinweg. **Starke Familien, ein lebendiges Miteinander und ein starkes Ehrenamt sind das Fundament für ein starkes Rheinland-Pfalz.** Wir wollen eine Politik, die sie stärkt, die Gemeinschaft fördert und Zusammenhalt lebt. Dazu gehört auch, Menschen in ihrer Vielfalt zu respektieren und das zu bewahren, was uns verbindet: Vertrauen, Verantwortung und gegenseitige Unterstützung.

a. Familien stärken – In allen Lebensphasen

Familienpolitik ist Zukunftspolitik. Rheinland-Pfalz braucht Rahmenbedingungen, die es Eltern erleichtern, Beruf und Familie zu vereinbaren. Familienfreundlichkeit wird Leitlinie der Landespolitik – in der Bildung, beim Wohnen, der Arbeit und der Infrastruktur. Wir führen einen Familiencheck für alle neuen Gesetze ein, damit keine Regelung Familien benachteiligt oder zusätzliche Belastungen schafft.

Kinderbetreuung muss verlässlich, hochwertig und flexibel sein. Wir sorgen für mehr Personal in Kitas, kleinere Gruppen und Öffnungszeiten, die den Arbeitsalltag von Familien wirklich abbilden. Mit Familienzentren bieten wir eine Anlaufstelle für Beratung, Begegnung, frühe Hilfen, Elternbildung und Vernetzung. Die Ferienbetreuung bauen wir landesweit aus und schaffen verlässliche Angebote für berufstätige Eltern. Zudem führen wir ein landesweites digitales Kita- und Tagespflege-Platzmanagement ein, um Eltern die Suche zu erleichtern und Kommunen zu entlasten.

Wohnraum für Familien ist ein Stück Gerechtigkeit. Wir erleichtern den Erwerb von Wohneigentum mit der Einführung des rheinland-pfälzischen „**Eigenheim-Zuschuss**“: Für den Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie erhalten Familien pauschal 10.000 Euro pro Elternteil und 5.000 Euro pro Kind unter 18 Jahren.

Mit dem Konzept „**Aus Eins mach Zwei**“ aktivieren wir gezielt bestehende Ein- und Zweifamilienhäuser, die nach dem Auszug der Kinder häufig zu groß geworden sind. Durch Umbau, Aufstockung oder Teilung entstehen hier neue, familiengerechte Wohneinheiten. Das gilt auch für eine Vereinfachung bei der Umnutzung von Gewerbeimmobilien in Wohnraum sowie der Aufstockung von Immobilien. So schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für junge Familien und ermöglichen es älteren Eigentümerinnen und Eigentümern mit der zusätzlichen Förderung von altersgerechten Umbaumaßnahmen, in ihrem Zuhause und vertrauten Umfeld zu bleiben. Wir unterstützen Eigentümerinnen und Eigentümer gezielt mit niedrigschwelliger Beratung, vereinfachten baurechtlichen Verfahren und günstigen Förderprogrammen über unsere landeseigene Investitions- und Strukturbank.

Den Versorgungsgrad im Bereich „besondere Wohnformen“ für Menschen mit komplexer Behinderung und hohem Unterstützungsbedarf werden wir landesweit systematisch aufarbeiten und Angebotsengpässe schrittweise beseitigen.

Die **FamilienApp** Rheinland-Pfalz entwickeln wir weiter. Ein zentraler weiterer Baustein soll dabei der Basistarif einer Familien-Unfallversicherung sein, der allen registrierten Familien einen Grundschutz bietet. Vorteile beim Einkauf, bei Freizeitangeboten und als digitaler Ratgeber machen wir bekannter und attraktiver.

Wir stärken **Alleinerziehende** gezielt mit passgenauen Unterstützungsangeboten und einem erleichterten Zugang zu Wohnraum und Entlastungsleistungen. Auch fördern wir **Mehrgenerationen-wohnen** und barrierearme Umbauten, damit Familien und ältere Menschen gemeinsam und selbstbestimmt leben können. Jugendherbergen, Naturfreundehäuser und Familienferienstätten stärken wir gezielt und sichern sie dauerhaft als unverzichtbare Orte der Begegnung und Bildung.

Zu einer funktionierenden Gesellschaft gehören Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten. Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, dass Menschen ungeachtet ihrer religiösen, kulturellen, sexuellen oder geschlechtlichen Identität überall frei und sicher leben können. Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

b. Kinder und Frauen schützen

Jedes Kind hat das Recht auf Schutz und Geborgenheit. Deshalb machen wir Kinderschutz zur Chefsache und setzen auf Prävention, Aufklärung und klare Konsequenzen. Kinderschutz braucht klare Zuständigkeiten und eine Kultur des Hinschauens, nicht des Wegsehens. **Wir schaffen eine landesweite Kinderschutzstrategie, die Einrichtungen, Jugendämter, Schulen und Polizei besser vernetzt.**

Prävention beginnt früh: Elternkurse, Schulsozialarbeit, spezialisierte Beratungsstellen und Aufklärungsprogramme an Schulen und Kommunen, um Missbrauch und Vernachlässigung zu verhindern. Die auf unsere Initiative an allen Schulen eingeführten, verpflichtenden Kinderschutzkonzepte werden wir weiterführen. Den Kampf gegen Jugendkriminalität bauen wir durch Frühintervention, Sozialarbeit und schnellere Gerichtsverfahren deutlich aus.

Wir **stärken die frühen Hilfen, Familienhebammen und Unterstützungsangebote** rund um Schwangerschaft und Geburt, um Überforderung frühzeitig zu verhindern. Dazu gehört die Stärkung von Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ), der Kinderschutzdienste und des Kinderschutzbundes. Für die Sicherstellung des Kindeswohls werden wir die Kinderärzte und die Kinderpädiatrie besser vernetzen und flächendeckend im Land zu Kinderschutzambulanzen ausbauen.

Mit der **Einrichtung eines Landeskompetenzentrums Kinderschutz** bündeln wir Wissen, stärken die Forschung, schulen Fachkräfte und verbessern die Zusammenarbeit zwischen den Behörden. Zudem richten wir in allen Regionen des Landes ein **Childhood-Haus** ein, um Kindern eine sichere Umgebung zu bieten, die Opfer von psychischer und physischer Gewalt geworden sind. Auf diese Weise können sie optimal versorgt und die Klärungsprozesse durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Professionen altersgerecht und traumasensibel gestaltet werden.

Wir stärken zudem den Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt durch mehr Frauenhausplätze, schnellen Zugang zu Hilfen und verbesserter Finanzierung. Sozialer Wohnungsbau wird zielgenau auf Frauen und Alleinerziehende ausgerichtet, um schnellen Schutz und Neustart zu ermöglichen.

Straftäter, die Frauen, Kindern und Jugendlichen Gewalt antun, erhalten nicht nur eine Fußfessel und engmaschige Überwachung, sondern spüren die volle Härte unseres Rechtsstaates.

c. Ahrtal – Wiederaufbau ermöglichen, Verantwortung einfordern

Auch vier Jahre nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal funktioniert der Wiederaufbau nicht so, wie die Menschen es erwarten dürfen. Infrastrukturprojekte kommen zu langsam voran, Verwaltungen arbeiten am Limit und gerade in der entscheidenden Phase war der Rückhalt des Landes nicht spürbar genug. Die Menschen im Ahrtal haben ihren Mut, ihre Zuversicht und ihre Verbundenheit zur Heimat nicht verloren. Sie wollen aufbauen, nicht warten, nicht verzweifeln und nicht aufgeben. Das verdient Respekt und Unterstützung.

Wir schaffen deshalb im Bau-, Umwelt-, Artenschutz-, Denkmalschutz- und Vergaberecht **zeitlich befristete Ausnahmeregelungen**, um Verfahren zu vereinfachen und Planungen zu beschleunigen. So bringen wir endlich Tempo in zeitlich verfristete Projekte. Das Wiederaufbaureferat im Innenministerium wird zur **zentralen Schnittstelle mit einheitlichen Ansprechpartnern**, die den Kommunen, Betrieben und Initiativen vor Ort verbindliche und abschließende Antworten geben. Und das schnell, klar und ohne Zuständigkeitsverschiebungen.

Die Flutkatastrophe hat auch eine politische Dimension. Die Beweisaufnahme des von uns eingesetzten Untersuchungsausschusses hat eindeutig gezeigt, dass frühzeitig Warnhinweise vorlagen, aber auf Landesebene keine abgestimmte Reaktion, keine Lagezusammenführung und keine Koordination der Ministerien erfolgte. **Verantwortung wurde weggeschoben, ein Lagebild nicht ernsthaft geführt und Rücktritte geschahen nicht aus dem tatsächlichen Führungsversagen** in der schrecklichen Katastrophe, sondern rein aus Folgefehlern. **Bis heute fehlt eine glaubhafte Entschuldigung der Landesregierung gegenüber den Menschen im Ahrtal für diese Versäumnisse.** Das gilt auch für den ehemaligen Landrat.

Politische Verantwortung bedeutet, Fehler zu benennen, sich zu entschuldigen und Strukturen so zu verändern, dass sie nicht wieder entstehen. Genau das tun wir. Wir stehen an der Seite der Menschen, die ihr Zuhause, ihre Betriebe, ihre Vereine und ihre Heimat wieder aufbauen. Für uns ist der Wiederaufbau des Ahrtals kein reiner Verwaltungsakt. **Er ist die Verpflichtung des Landes gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, die dort leben.**

Unser Ziel ist klar: **Das Ahrtal bauen wir schneller auf**, mit weniger Hürden, mehr Tempo und einer **Landespolitik, die Verantwortung für ihr Handeln übernimmt**, Vertrauen gibt und dann echte Unterstützung liefert.

d. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Demokratie schützen, Einsamkeit vermeiden,

Inklusion leben

Unsere Gesellschaft lebt von Respekt, Miteinander und gegenseitiger Rücksichtnahme.

Rheinland-Pfalz ist vielfältig, offen und solidarisch. Aber das ist kein Selbstläufer. **Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jeder dazugehört und einen Teil der Verantwortung trägt.** Inklusion ist eben mehr als Barrierefreiheit. Sie bedeutet echte Teilhabe in Schule, Arbeit, Kultur, Sport und Politik. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung nicht um Teilhabe kämpfen müssen, sondern sie selbstverständlich erfahren. Wir werden die Förderschulen erhalten und die Inklusion an Schulen ausbauen, sodass Unterstützung im Alltag auch tatsächlich kindgerecht ankommt.

Und auch die Demokratie braucht unseren Schutz. Wir stellen uns Extremismus, Antisemitismus und Hass entschieden entgegen. Unabhängig davon, aus welcher Richtung er kommt. Politische Bildung und Engagementförderung machen Demokratie im Alltag erlebbar, insbesondere an Schulen und in Vereinen. Dem **Schutz jüdischen Lebens sind wir in Deutschland besonders verpflichtet.** Das Existenzrecht Israels ist und bleibt Teil der deutschen Staatsräson. Wer in Deutschland lebt, muss die Werte des Grundgesetzes achten und darin hat Antisemitismus an keiner Stelle einen Platz. Bestehende Programme zur politischen Bildung sowie die zahlreichen Projekte an Schulen, Hochschulen und in Vereinen, die Erinnerungskultur lebendig halten, werden wir unterstützen. In diesem Zusammenhang besuchen alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend im Laufe ihrer Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte. Damit fördern wir die Auseinandersetzung mit der Shoah und ihren unmittelbaren Folgen.

Der gesellschaftliche Wandel hat die Ursachen und Erscheinungsformen von Einsamkeit vielfältiger gemacht und die Risiken, einsam zu werden, erhöht. **Deshalb werden wir Gaststätten und Räume des Dialogs stärken,** in denen Menschen verschiedener Generationen, Kulturen und Lebensentwürfe miteinander ins Gespräch kommen. Dies gilt sowohl für eine Verbesserung der (digitalen) Teilhabe älterer und jüngerer Menschen als auch für die Förderung ehrenamtlicher Strukturen sowie für die Unterstützung der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege. Dabei setzen wir auch auf Kirchengemeinden, die ergänzende Nutzungen für ihre Kirchengebäude suchen. Wir werden in einem Modellprojekt prüfen, welchen Beitrag ein Seniorenamt für die Unterstützung der Selbstständigkeit von älteren Bürgerinnen und Bürgern leisten kann. Jeder Form von Diskriminierung werden wir aktiv begegnen. Zudem stärken wir neue Wohn- und Lebensformen wie Mehrgenerationenhäuser und barrierearme Smart-Home-Lösungen.

Wir erkennen den **bedeutenden Beitrag von Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern** zum Wiederaufbau und zur erfolgreichen Entwicklung unseres Landes an. Auf Bundesebene werden wir uns deshalb für eine Verbesserung des Fremdrentengesetzes für spät ausgesiedelte Deutsche einsetzen. Zudem unterstützen wir unsere Aussiedler- und Vertriebenenverbände mit politischer Bildung, Sprachkursen und gezielter beruflicher Integration. Wir setzen uns für die Etablierung eines Landesbeauftragten für Aussiedler und Vertriebene nach bayrischem Vorbild ein.

e. Kultur, Sport und Heimat – Identität bewahren, Zukunft gestalten

Kultur stiftet Identität und sie verbindet Menschen über Grenzen hinweg. Theater, Museen, Vereine und Festivals sind Orte, an denen Gemeinschaft entsteht. Zugleich sind sie eine unverzichtbare Grundlage für unsere Identität und unser gesellschaftliches Selbstverständnis. Deshalb werden wir **Kultur in Stadt und Land stärken, fördern und für alle zugänglich machen.**

Dabei muss Kulturförderung einfacher, unbürokratischer und planbarer werden. Dies gilt insbesondere für ehrenamtliche Initiativen und kleine Kultureinrichtungen. Wir setzen auf regionale Kulturförderpläne und langfristige Finanzierung, um kulturelle Vielfalt zu sichern. Dazu führen wir ein **Kulturförderungsgesetz** ein, das Planungssicherheit und verlässliche Förderung schafft. **Für junge Menschen unter 21 Jahren werden wir den Eintritt in staatliche Museen und Denkmäler kostenfrei machen.**

Sport ist mehr als Bewegung. Er ist gelebte Gemeinschaft, Gesundheitsvorsorge und Wertevermittlung. Im Sportverein lernen Kinder und Jugendliche Fairness, Teamgeist und Verantwortung. Ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer, Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Mitglieder des Vorstands leisten dabei tagtäglich einen unschätzbaren Beitrag für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieses Engagement verdient nicht nur Anerkennung, sondern verlässliche politische Unterstützung. Deshalb werden wir die Sportförderung in Rheinland-Pfalz grundlegend stärken und deutlich mehr Mittel bereitstellen als bisher.

Wir starten einen **Sport-Pakt für Rheinland-Pfalz**, der gemeinsam mit Kommunen, Sportverbänden und Vereinen den massiven Sanierungs- und Investitionsstau bei Sportstätten in den kommenden 5 Jahren systematisch abbaut. Der Sportstättenbau und die Sanierung von Sport- und Schwimmhallen, Plätzen und Bädern müssen wieder Priorität haben. Dafür legen wir ein dauerhaftes, auskömmlich ausgestattetes Landesprogramm für kommunale und vereinseigene Sportstätten auf. Förderquoten werden erhöht, die Kombination von Landes- und Bundesprogrammen ermöglicht, Kostenrichtwerte realistisch angepasst und Verfahren deutlich beschleunigt. Zudem müssen auch im Sport Planungsicherheit, Inflationsausgleich und eine unbürokratische Förderung zum neuen Standard werden. Transparenz ist dabei Voraussetzung für alle zielgerichteten Investitionen. Deshalb richten wir einen digitalen Sportstätten-Atlas ein, der Zustand, Sanierungsbedarf und Nutzung landesweit erfasst.

Für uns ist der **Breitensport die Basis für den Leistungssport**. Wir unterstützen die Bemühungen Deutschlands, endlich wieder Ausrichter der Olympischen und Paralympischen Spiele zu werden. Dies würde dem Sport insgesamt einen besonderen Schub geben. Gleichzeitig werden wir die Rahmenbedingungen für den Leistungssport in Rheinland-Pfalz deutlich verbessern. Das gilt sowohl für unsere Bundes- und Landesstützpunkte als auch für eine faire und angemessene Entlohnung der Trainerinnen und Trainer.

Mit einer **Ehrenamts-Offensive im Sport** entlasten wir Vereine und ihre Mitglieder spürbar. Dazu gehören vereinfachte Förderverfahren, bessere Qualifizierungsangebote und die stärkere Verzahnung von Schule und Verein. Wir bauen die Möglichkeit aus, im Rahmen des Sportabiturs den C-Trainer-Breitensport zu erwerben, um junge Menschen frühzeitig für Verantwortung im Verein zu gewinnen. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Schutzkonzepte im Sport, insbesondere gegen sexualisierte Gewalt. Dies gelingt uns durch klare Meldestrukturen, eine verlässliche Begleitung der Vereine sowie eine adäquate Ausstattung des Landessportbunds und der drei regionalen Sportbünde.

Um den Stellenwert des Sports auch strukturell zu unterstreichen, werden wir erstmals einen **Staatssekretär für Sport und Ehrenamt in der Staatskanzlei** einführen. Damit erhalten Sport und Ehrenamt eine starke Stimme im Zentrum der Landesregierung und werden ressortübergreifend koordiniert. Der Staatssekretär für Sport und Ehrenamt wird Motor unseres Sport-Pakts und in Zusammenarbeit mit dem Landessportbund und den drei regionalen Sportbünden zentraler Ansprechpartner für Verbände, Vereine und Kommunen. Damit garantieren wir, dass sportpolitische Entscheidungen schneller, wirksamer und aus einem Guss getroffen werden. Somit machen wir Sport zur Chefsache.

Wir wollen regionale Traditionen bewahren und gleichzeitig Räume für neue Ideen schaffen.

Brauchtum, Musik, Feste und Dialekte machen Rheinland-Pfalz unverwechselbar. Sie sind fester Teil unserer Identität und verdienen unseren Rückhalt. Besonders musikalische Begleitung ist ein essenzieller Bestandteil unseres kulturellen Lebens – sei es durch Blaskapellen, Chöre, DJs oder Bands. Gleichzeitig stellen die GEMA-Gebühren für viele gemeinnützige Vereine und Veranstalter eine erhebliche finanzielle Belastung dar, die nicht selten zur Einschränkung oder Absage von Veranstaltungen führt. Deshalb werden wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer einen **Pauschalvertrag mit der GEMA** abschließen, um gemeinnützige Vereine und nicht kommerzielle Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz von übermäßigen Lizenzgebühren zu entlasten.

Wir werden die neuen Regelungen zu Großveranstaltungen im Polizei- und Ordnungsbehördengesetz kurzfristig evaluieren und so anpassen, dass Feste im Land gefeiert, Veranstaltungen geplant und Lebensfreude weiterhin unbeschwert stattfinden kann. Dabei sorgen wir dafür, dass die Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Interessen der Vereine und Veranstalter in Einklang gebracht werden.

f. Ehrenamt macht Rheinland-Pfalz stark

Das Ehrenamt ist das Fundament unserer Gesellschaft. In Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Sport- und Musikvereinen, Kirchen, Sozialverbänden, Tafeln, Nachbarschaftshilfen und vielen weiteren Vereinen, Stiftungen und Organisationen übernehmen Menschen Verantwortung füreinander.

Dieses Engagement hält Rheinland-Pfalz zusammen. Wir sorgen dafür, dass Ehrenamtliche Rückhalt, Anerkennung und verlässliche Unterstützung erfahren. Deshalb entlasten wir Ehrenamtliche konsequent von Bürokratie. Vereinsarbeit darf nicht an Formularen, Nachweisen und komplizierten Verfahren scheitern. **Wir vereinfachen Förderanträge, reduzieren Dokumentationspflichten und digitalisieren Verfahren nach dem Prinzip: einmal erfassen, mehrfach nutzen.**

In jedem Finanzamt richten wir einen festen Ansprechpartner für Vereine und Ehrenamtliche ein. Er unterstützt verbindlich bei Steuerfragen, Gemeinnützigkeit, Spendenrecht oder Ehrenamts-pauschalen. Vereine erhalten damit klare Zuständigkeiten sowie schnelle und verlässliche Auskünfte.

Ehrenamt verdient Respekt, und zwar sichtbar und im Alltag spürbar. Wir **reformieren das Verfahren für die Ehrenamtskarte ehrenamtsfreundlich** und verknüpfen sie mit zusätzlichen Vergünstigungen bei öffentlichen Einrichtungen, Mobilität, Kultur und Sport. Für eine Stärkung und regelmäßige Anpassung steuerlicher Freibeträge für ehrenamtliches Engagement setzen wir uns ein.

Verdienste und Engagement würdigen wir öffentlich: **mit Auszeichnungen, landesweiten Aktionstagen und einer Kultur der Anerkennung in Verwaltung und Politik.**

Wer hilft, verdient Schutz. Wir **verbessern den Versicherungs- und Haftungsschutz** für Ehrenamtliche und stellen landesweit einheitliche Standards sicher. Fort- und Weiterbildungsangebote bauen wir gezielt aus. Dies gilt insbesondere für Mitglieder des Vorstands, Jugendleiterinnen und Jugendleiter sowie Einsatzkräfte.

Ehrenamt und Familie müssen dabei vereinbar sein. Wir setzen auf faire Freistellungsregelungen, die dem Ehrenamtlichen und dem Unternehmen gerecht werden und sie nicht gegeneinander auspielen. Zudem setzen wir uns für die Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ehrenamt in Ausbildung, Studium und Beruf ein.

Ehrenamt beginnt früh. Deshalb **stärken wir die Jugendverbandsarbeit**, die Jugendfeuerwehren, Sportjugend und den Freiwilligendienst. Denn ehrenamtliches Engagement öffnet Türen – für Ausbildung, Studium und gesellschaftliche Teilhabe und das Verständnis für unsere Mitmenschen.

Wir entwickeln die digitale Ehrenamtsplattform des Landes weiter, die Engagement sichtbar macht, Helferinnen und Helfer vernetzt und Projekte und Antragsverfahren zusammenbringt. **So wird Engagement einfacher, moderner und zugänglicher.** Unser Versprechen: **Wir behandeln Ehrenamtliche als Partner, nicht als Bittsteller.**

So bleibt Rheinland-Pfalz ein Land des starken, solidarischen und lebendigen Ehrenamts.

g. Religionsgemeinschaften – Werte, Bildung und soziale Verantwortung

Religionsgemeinschaften sind ein stabiler Anker unserer Gesellschaft. Die christlichen Kirchen und freikirchlichen Gemeinden, die jüdischen Gemeinden und auch viele muslimische Gemeinschaften **leisten einen zentralen Beitrag zu unserem sozialen, kulturellen und ehrenamtlichen Leben.** Sie betreiben Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen und organisieren praktische Hilfe in Krisen. Diese Rolle wird nicht eingeschränkt, sondern strukturell gestärkt und sie wird auch in die Krisen- und Katastrophenschutzkonzepte mit eingebunden, dort, wo sie aktiv praktische Hilfe leisten können. Der Religionsunterricht bleibt ein reguläres Schulfach. Wir stärken die Rahmenbedingungen, damit er flächendeckend und mit zeitgemäßen Lehrplänen stattfindet.

Das **Christentum ist die prägende Grundlage unserer Kultur** in Europa und Deutschland. Die Kirchen geben den Menschen Orientierung und begleiten Familien, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, ja alle Menschen jeden Tag. Christliche Feiertage und Traditionen bleiben ein verbindlicher Bestandteil des kulturellen Lebens im Land.

Jüdisches Leben ist selbstverständlicher und geschützter Teil unseres Landes. Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen stehen unter besonderem Schutz. Der bestehende Staatsvertrag des Landes mit den jüdischen Gemeinden wird weiterentwickelt und langfristig abgesichert.

Muslimische Gemeinschaften sind Teil unseres Landes, darunter viele deutsche Staatsbürger. Ihre Leistungen für Rheinland-Pfalz und die Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben erkennen wir ausdrücklich an. Als Land verstetigen wir den Dialog und die Zusammenarbeit mit muslimischen Religionsgemeinschaften und Verbänden.

Religiöse Träger brauchen Planungssicherheit. Förderverfahren für soziale Einrichtungen in kirchlicher oder religiöser Trägerschaft werden vereinfacht und beschleunigt. Die gesellschaftliche Wirkung von Religionsgemeinschaften auf dem Boden des Grundgesetzes bleibt unantastbar. Familienzentren, die von Kirchen oder Religionsgemeinschaften getragen werden, stabilisieren wir langfristig und erweitern ihr Netzwerk schrittweise.

h. Unabhängige Medien – Starke Säulen unserer Demokratie

Freie, vielfältige und unabhängige Medien sind eine unverzichtbare Grundlage unserer Demokratie. Sie informieren, ordnen ein, ermöglichen Meinungsvielfalt und leisten einen zentralen Beitrag zur politischen Willensbildung. Gerade in Zeiten von Desinformation und wachsender gesellschaftlicher Polarisierung kommt verlässlichen journalistischen Angeboten eine besondere Verantwortung zu.

Rheinland-Pfalz ist traditionell ein **bedeutender Medienstandort**, insbesondere mit dem Sitz des ZDF und zahlreicher weiterer Medien- und Produktionsunternehmen aller Verbreitungswege von Print über Rundfunk bis Digital. Diesen Standort wollen wir erhalten und stärken. Wir treten einem weiteren Bedeutungsverlust entgegen und setzen uns für attraktive Rahmenbedingungen für Medienunternehmen ein. Dazu gehören verlässliche medienpolitische Entscheidungen, eine enge Zusammenarbeit auf Länderebene sowie die Förderung von Innovation, Ausbildung und Nachwuchs im Medienbereich.

Das **duale Rundfunksystem** aus öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Anbietern hat sich bewährt und ist ein Garant für Meinungsvielfalt und Qualität. Wir wollen dieses System erhalten und weiterentwickeln. Öffentlich-rechtliche und private Medien sollen sich dabei bestmöglich ergänzen. Dabei erwarten wir vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen klaren Fokus auf seinen verfassungsrechtlichen Auftrag, Wirtschaftlichkeit und Transparenz.

Der Rundfunkbeitrag muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Wir werden uns für Beitragsstabilität und einen verantwortungsvollen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen. Effizienzsteigerungen, Strukturreformen und Kooperationen innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen konsequent genutzt werden, um **Beitragserhöhungen zu verhindern**.

i. Europa als Motor für Wohlstand und Sicherheit

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen von Europa. Unsere Unternehmen sind eng mit den europäischen Märkten verflochten. In unseren Grenzregionen leben viele Familien den europäischen Gedanken ganz selbstverständlich im Alltag. Schülerinnen und Schüler wachsen mit der Überzeugung auf, dass Zusammenarbeit stärker ist als Abschottung.

Gleichzeitig zeigt sich: Europa muss an zentralen Stellen besser werden. Entscheidungsprozesse sind häufig zu schwerfällig, Förderverfahren zu komplex, Innovationen zu stark reguliert und die wirtschaftliche Stärkung aller Regionen nicht überall ausreichend spürbar. Diese Defizite wollen wir entschlossen beheben. Denn Europa bietet erhebliche Chancen für Wohlstand und Sicherheit in Rheinland-Pfalz.

Entscheidend ist dabei, dass europäische Fördermittel im Land effektiv abgerufen und eingesetzt werden. Deshalb schaffen wir auf Landesebene eine **digitale Europaschnittstelle**, die Kommunen, Schulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben einen einfachen, schnellen und vollständig digitalen Zugang zu europäischen Förder- und Innovationsprogrammen bietet. Jeder Antrag erhält eine verbindliche Rückmeldung – transparent, verlässlich und ohne unnötige Bürokratie.

Rheinland-Pfalz profitiert in besonderem Maße vom europäischen Binnenmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Regelungen **Wettbewerbsfähigkeit fördern, statt sie zu behindern**. Dies gilt insbesondere für den Mittelstand, das Handwerk und die Industrie. Europa muss wieder als **Raum wirtschaftlicher Stärke und technologischer Offenheit** verstanden werden. Dafür brauchen wir schnelle, digitale und verlässliche Verfahren statt überbordender Bürokratie. Wissen, Innovation und Exportkraft müssen zügig in Betrieben und Laboren ankommen. Diese Haltung vertreten wir konsequent gegenüber Berlin und Brüssel.

Über unsere Landesvertretung in Brüssel setzen wir uns entschlossen für einen **spürbaren Bürokratieabbau** auf europäischer Ebene ein. Gerade für komplexe Infrastruktur- und Transformationsprojekte braucht es pragmatische und zeitlich befristete Ausnahmeregelungen, damit dringend notwendige Vorhaben nicht länger an endlosen Verfahrensschleifen scheitern. Deshalb wollen wir europäische Verhandlungen und Gesetzgebungsverfahren, die Rheinland-Pfalz unmittelbar betreffen, noch früher begleiten und den Austausch mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament systematisch suchen. Europa muss ermöglichen, nicht verhindern.

Wir wollen zudem die **Mobilität junger Menschen in Europa stärken**. Austauschprogramme wie Erasmus+ müssen auch für berufliche Schulen und Auszubildende zum Standard werden. Mit unseren unmittelbaren Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien werden wir den **Austausch von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden weiter ausbauen**. Die digitale Anerkennung von beruflichen Bildungsabschlüssen in der EU wollen wir vereinfachen.

Die geopolitische Lage macht deutlich: Frieden braucht Stärke und Sicherheit braucht Koordination. Wir stehen für den **Ausbau eines europäischen Sicherheits- und Verteidigungsverbunds** in enger NATO-Partnerschaft.

Für uns ist klar: **Europa muss sich wieder auf seinen Kernauftrag besinnen – ermöglichen, schützen, verbinden und Vertrauen schaffen**. Wir stehen für eine Europapolitik, die den Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben und arbeiten, wieder den Rücken stärkt. So entsteht ein handlungsfähiges, wirtschaftlich starkes Europa, das Frieden und Stabilität sichert. Mit Rheinland-Pfalz in seiner Mitte.

Unser Ziel: Rheinland-Pfalz ist ein Land, das Zusammenhalt lebt und Gemeinschaft ermöglicht.

Wir stehen für ein Rheinland-Pfalz, in dem Familien verlässliche Betreuung und bezahlbaren Wohnraum finden. Menschen Schutz und Unterstützung erfahren – in der Versorgung, im sozialen Umfeld und im Alltag. Kultur, Ehrenamt und Sport aufblühen, klare Zuständigkeiten vorfinden und mit weniger Bürokratie zu kämpfen haben.

So entsteht ein Rheinland-Pfalz, das funktioniert – überall im Land, für alle Generationen und mit Vertrauen in die Heimat und in eine gute Zukunft.

7. Landwirtschaft und Weinbau - Tradition bewahren, Zukunft gestalten

Unsere Landwirtschaft und unsere Dörfer sind die Basis von Rheinland-Pfalz. Sie stehen für Heimat, Verantwortung, Gemeinschaft und Fleiß. **Wer die Zukunft des Landes sichern will, muss die Menschen im ländlichen Raum stärken, denn sie ernähren, pflegen und prägen unser Land und unsere Landschaften.** Dabei wollen wir Landwirtschaft, Weinbau, Gastgewerbe, Handwerk und Ehrenamt in eine gute Zukunft führen mit dem notwendigen Respekt vor Tradition und mit Mut zur Innovation. Deshalb gilt für uns klar: **Landwirtschaft und Umwelt müssen wieder zusammen in einem Ministerium** gedacht werden.

a. Landwirtschaft – Garant unserer Versorgung

Landwirtschaft ist mehr als Produktion, sie schafft unsere Lebensgrundlage. Unsere Bäuerinnen und Bauern sichern unsere Versorgung mit Lebensmitteln und pflegen unsere Landschaften. Damit leisten sie aktiven Umwelt- und Klimaschutz. **Wir stehen fest an der Seite derer, die unser Land ernähren.** Landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherheit haben für uns klaren Vorrang vor anderen Nutzungen von Flächen.

Wir wollen, dass Landwirtinnen und Landwirte wieder Zukunft sehen, statt Auflagen zu fürchten. Von uns erfahren sie **Wertschätzung statt Misstrauen und Planungssicherheit statt Bürokratie.** Unsere Landwirtschaft braucht Verlässlichkeit, faire Preise und die notwendigen Freiheiten, um unternehmerisch zu handeln. Dabei stehen wir zur Förderung sowohl von ökologischer als auch von konventioneller Landwirtschaft. Beide sind für uns ein zentraler Teil unserer Ernährungssicherheit. Ebenfalls gilt es, die **Betriebsübernahmen zu stärken**, sodass der Nachwuchs in Zukunft erfolgreich wirtschaften kann.

Regionale Produkte sind dabei ein Stück unserer Heimat. Wir setzen auf kurze Wege und regionale Wertschöpfungsketten – vom Acker bis zum Teller. Landwirtschaft, Gastronomie und Handel sollen enger zusammenarbeiten, um Rheinland-Pfalz als Genussregion zu stärken. In Kantinen von Behörden, Kitas und Schulen setzen wir verstärkt auf den Einsatz regionaler Lebensmittel. Zudem **bekennen wir uns klar zur Tierhaltung in Rheinland-Pfalz.**

Wir wollen weniger Bürokratie in der Landwirtschaft. Anträge, Förderverfahren und Auflagen müssen digital, einfach und schnell bearbeitbar sein. Hierfür werden wir die Beantragung aller Förderprogramme auf einer zentralen Plattform zusammenführen. Jede Stunde, die ein Landwirt mit Büroarbeit verbringt, fehlt auf dem Feld oder im Stall.

Der **Klimawandel** wirkt sich zunehmend auf unsere heimische Landwirtschaft und den Weinbau aus. Wir fördern klimaangepasstes Saatgut, innovative Anbauverfahren, moderne Landmaschinen und einen praxisnahen Naturschutz. Denn damit können Landwirtinnen und Landwirte auf den Klimawandel und die damit einhergehenden Extremwetterlagen passgenau reagieren. Dafür werden bürokratische Hindernisse für neue Techniken wie Drohnen im Pflanzenschutz oder Präzisionslandwirtschaft abgebaut.

Die rasante Ausbreitung der **Schilf-Glasflügelzikade** ist eine ernste Bedrohung für die Landwirtschaft. Gerade Rheinland-Pfalz ist stark betroffen von den durch dieses Insekt übertragenen Krankheiten, die bei Zuckerrüben, Kartoffeln und zunehmend auch in anderen Kulturen zu hohen Ertrags- und Qualitätsverlusten führen. Wir werden einen Forschungsschwerpunkt bei der Entwicklung praxistauglicher Bekämpfungsstrategien setzen und alle notwendigen Maßnahmen im Bereich des Pflanzenschutzes und der Beratung ergreifen. Nur durch die enge Zusammenarbeit von Forschung, Beratung und Praxis kann es gelingen, dieser Gefahr entgegenzutreten und die Erträge unserer Betriebe und die Wertschöpfung durch Verarbeitungsbetriebe zu sichern.

Wir **bauen Bewässerungszweckverbände** aus und fördern digitale Bewässerungssteuerungen, damit Felder in Trockenphasen sicher und ressourcenschonend bewässert werden können. Dafür gilt es, mit allen technischen Mitteln so viel Regen aufzufangen, dass unsere Landwirte auch im trockenen Sommer überall genug Wasser haben, um regional gute Nahrungsmittel für uns zu produzieren.

Deshalb setzen wir uns für eine Agrarpolitik ein, die die heimische Erzeugung stärkt, statt sie durch überzogene Auflagen zu schwächen. Regeln müssen praxisnah, nachvollziehbar und einheitlich sein. Wir sprechen uns **gegen neue Steuern** wie eine „Zuckersteuer“ aus.

Auch in Naturschutzgebieten soll Landwirtschaft weiter wirtschaftlich betrieben werden können. Praktische und klimaverträgliche Bewirtschaftungskonzepte müssen sich dort nicht ausschließen.

b. Weinbau – Kulturerbe und Zukunftsbranche

Der Weinbau prägt Landschaften, Regionen und Menschen. Dürreperioden, Starkregenereignisse, Pflanzenkrankheiten, steigende Kosten, Zölle, insbesondere auf den US-Märkten, anhaltende Kaufzurückhaltung, aber auch ein Überangebot belasten unsere Winzerinnen und Winzer enorm. Viele von ihnen kämpfen zunehmend um das Überleben. Für uns ist klar: **Wir wollen den Weinbau als wirtschaftliche, kulturelle und touristische Stärke unseres Landes sichern und weiterentwickeln.** Deshalb setzen wir auf gezielte Unterstützung, Forschung, neue Rebsorten und Pflanzenschutz mit moderner Technik.

Zudem braucht Weinbau Innovation und Wertschöpfung. Wir wollen junge Winzerinnen und Winzer mit zinslosen Darlehen unterstützen, die Betriebe übernehmen und neue Wege gehen. Regionale Marken, Direktvermarktung und Weintourismus sind Zukunftschancen, die wir gezielt fördern wollen. **Um im Bereich des Weinbaus Bürokratie abzubauen,** werden wir **die Beantragung aller Förderprogramme auf einer zentralen Plattform zusammenführen.** Melde- und Aufzeichnungspflichten stellen wir auf den Prüfstand mit dem Ziel der Verschlinkung. Zudem setzen wir auf eine eigene Marketingkampagne für den rheinland-pfälzischen Wein und andere regionale Erzeugnisse, um ihr Image als hochwertige Genussprodukte weltweit zu stärken. Wir wenden uns gegen überzogene ideologiegetriebene Einschränkungen bei der Vermarktung und dem Konsum von Wein.

Weinbau ist aber auch Kulturerhalt. Weinbergslandschaften müssen gepflegt und erhalten werden, denn sie sind Teil unseres kulturellen Gedächtnisses und ein Schatz für kommende Generationen. Wir stärken unseren einzigartigen Steillagenweinbau durch eine Erhöhung des Steillagenzuschusses. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ein Kulturlandschaftsprogramm zum Schutz unserer landschaftsprägenden Weinberge ein. Zudem sorgen wir für eine nachhaltige Finanzierung von Flurbereinigungsverfahren und die Flexibilisierung von Ausgleichsmaßnahmen. Die Forderungen nach der sogenannten Rotationsbrache unterstützen wir – auch im Rahmen eines eigenen Landesprogramms. Ideologische Verbote beim Pflanzenschutz lehnen wir ab und setzen stattdessen auf Wissenschaft, Praxis und Verhältnismäßigkeit.

Deshalb werden wir die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) personell stärken, damit Beratung, Ausbildung und Forschung zum Weinbau der Zukunft aus einer Hand erfolgen. Wir wollen handlungsfähige Schutzgemeinschaften, die ihrem Auftrag nachkommen können. Dafür werden wir das Agrargeoschutzgesetz zügig umsetzen und für eine ausreichende Finanzierung sorgen.

Unsere Weinregionen leben zudem von Geselligkeit und Tourismus. Planwagen- und Funzelfahrten mit Weinprobe gehören seit Generationen zur Weinkultur und sind wichtiges wirtschaftliches Standbein vieler Betriebe. **Wir heben den überregulierten Erlass der Landesregierung auf**, der diese Fahrten unnötig einschränkt. Statt bürokratischer Hürden **schaffen wir praxisgerechte und rechtssichere Regeln**, damit diese traditionellen Angebote weiterhin verantwortungsvoll sowie wirtschaftlich möglich bleiben.

c. Jagd – Verantwortung für Natur und Artenvielfalt

Jagd ist gelebter Naturschutz. Denn unsere Jägerinnen und Jäger übernehmen Verantwortung für Wild und Wald. **Wir wollen eine Jagdpolitik, die ihnen mit Respekt begegnet und nicht mit Misstrauen.** Deshalb werden wir **das von der Ampelregierung gegen die Interessen der Jäger beschlossene Landesjagdgesetz ändern und dabei die berechtigten Interessen aller Akteure zusammenbringen.** Schließlich muss sich das Wildtiermanagement an regionalen Gegebenheiten orientieren, nicht an den ideologischen Vorgaben des Ampel-Jagdgesetzes.

Wir unterstützen die Initiative der Bundesregierung, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen, und werden alle landesrechtlichen Voraussetzungen für ein aktives Wolfsmanagement schaffen. Wir starten zudem eine Bundesratsinitiative, um den Schutzstatus weiterer Tierarten mit stark gestiegener Population, wie der Saatkrähe, herabzustufen. Bis dahin nutzen wir die vorhandenen Spielräume im Landesrecht, um eine Bestandsregulierung zu ermöglichen. Hier brauchen wir einen pragmatischen und unideologischen Umgang mit Konflikten, denen unsere Landwirtinnen und Landwirte ausgesetzt sind.

Für die CDU ist die Jagd Partner und nicht Gegner des Naturschutzes. Deshalb werden wir Kooperationen zwischen Jägerschaft, Forst, Landwirtschaft und Naturschutzorganisationen noch stärker fördern.

Unser Ziel: Landwirtschaft, Weinbau und Jagd bringen Versorgungssicherheit und Stärke in unser Land.

Unsere Bäuerinnen und Bauern stehen für gute regionale Ernährung, verantwortungsvolle Flächennutzung und praktischen Umweltschutz. Unsere Winzerinnen und Winzer prägen weltweit geschätzte Weinregionen, schaffen touristische Anziehungspunkte und bewahren kulturelle Identität. Wir garantieren ihnen klare Zuständigkeiten, verlässliche Finanzierung und Unterstützung für Innovation, Nachwuchs und Betriebe. **So bleibt Rheinland-Pfalz ein Land, das seine Stärke aus eigener Leistung, Tradition und Fortschritt entwickelt.**

8. Umwelt und Energie – Nachhaltig und technologieoffen

Unsere Umwelt ist Lebensgrundlage und Verantwortung zugleich. Rheinland-Pfalz ist geprägt von Weinbergen, Wäldern, Flüssen und Feldern. Von Landschaften, die Heimat und Zukunft verbinden. **Wir wollen sie bewahren, ohne Fortschritt zu verhindern.**

Denn Nachhaltigkeit gelingt nur, wenn Ökologie, Ökonomie und soziale Verantwortung zusammen gedacht werden. **Unser Ziel ist ein ökologisch starkes, wirtschaftlich innovatives und sozial gerechtes Rheinland-Pfalz.**

a. Klimaschutz mit Innovation statt Ideologie

Klimaschutz ist wichtig, aber er braucht Vernunft statt Verbote. Wir wollen eine Politik, die nicht mit Ideologie, sondern mit Innovation überzeugt. Rheinland-Pfalz kann Vorreiter beim Klimaschutz werden, wenn alle gemeinsam und abgewogen handeln. **Dabei setzen wir als CDU auf Technologieoffenheit.** Klimaneutralität gelingt nur, wenn alle Wege genutzt werden: erneuerbare Energien, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Kreislaufwirtschaft und CO₂-Speicherung. Rheinland-Pfalz soll zu einem Modellland für klimafreundliche Technologien werden – vom energieeffizienten Handwerk bis zur CO₂-neutralen Industrie. Dies gelingt jedoch nicht mit starren Klimazielen, sondern mit Motivation und Anreiz. Die festgelegten Ziele im neuen ideologischen Klimaschutzgesetz der jetzigen Ampelregierung lehnen wir ab und werden **uns deshalb wieder an den Zielen des Bundes orientieren.** Denn mit eigenen Sektorzielen und einer früheren Umsetzung gefährden sie unsere heimische Wirtschaft elementar und sorgen nicht für eine echte Klimaneutralität in Rheinland-Pfalz, sondern für Abwanderung und Lastenverschiebung. Das gegeneinander Ausspielen von Ökologie und Ökonomie kann auf Dauer nicht funktionieren. Wir setzen auf einen breiten Energiemix aus Erneuerbaren, Geothermie, Wasserkraft und Wasserstoff in Verbindung mit modernen Speichertechnologien.

Für uns heißt das: Anreize statt Vorschriften. Klimaschutz muss sich lohnen, nicht bestrafen. Unternehmen, die in klimafreundliche Produktion investieren, müssen entlastet, nicht belastet werden. Dabei bauen wir auf technologieoffene Förderrichtlinien für Unternehmen, um die individuell bestmöglichen Wege tatsächlich zu erreichen. Wir fördern Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft durch Anerkennung innovativer Verfahren wie dem chemischen Recycling, damit Rohstoffe mehrfach genutzt werden und nicht verloren gehen. Zukunftstechnologien im Bereich des Klimaschutzes werden zudem erprobt und unterstützt. Die öffentliche wie private Wärmeplanung soll technologieoffen erfolgen, ohne entsprechende Anschlusszwänge. Wasserkraft wird dort stärker genutzt, wo es ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig ist. Geothermie kann einen wichtigen Beitrag zur Wärmeversorgung leisten, daher ist es grundsätzlich richtig, sie stärker zu nutzen. Mit Blick auf die Akzeptanz vor Ort ist es notwendig, dass sich die Menschen darauf verlassen können, dass sie im Schadensfall nicht auf dem Schaden sitzen bleiben. Die Frage der Absicherung im Schadensfall muss für etwaige Schadensfälle klar geregelt sein.

Windkraft ist Teil eines stabilen Energiemixes in Rheinland-Pfalz. Sie wird dort ausgebaut, wo sie wirtschaftlich sinnvoll ist und lokale Interessen berücksichtigt sind. Zusammen mit Wasserkraft, Geothermie und der energetischen Nutzung von Biogas bietet sie ein hohes Potenzial für die lokale Wertschöpfung. Die Vorgaben des Wind-an-Land-Gesetzes setzen wir als Land in Abstimmung mit den Planungsgemeinschaften und ohne Überforderung einzelner Regionen um. Akzeptanz vor Ort ist dabei der entscheidende Erfolgsfaktor, denn die **Energiewende funktioniert nur gemeinsam mit den Menschen im Land.**

b. Photovoltaik aufs Dach bringen, weniger Verbrauch von Freiflächen

Rheinland-Pfalz hat großes Potenzial für Sonnenenergie, aber auf Dächern, nicht auf Äckern.

Wir wollen, dass Photovoltaik zur Selbstverständlichkeit auf öffentlichen, gewerblichen und privaten Gebäuden wird. Dafür werden wir ein Solar-Gesetz schaffen, das die Nutzung von Dachflächen erleichtert und bürokratische Hemmnisse, etwa im Denkmalschutz, reduziert. **Unser Ziel ist: Jedes geeignete Dach soll Energie liefern können.** Das Land soll als Vorreiter vorangehen und die Dächer von Landesliegenschaften entsprechend ausrüsten. Dazu werden Genehmigungsverfahren vereinfacht und Förderprogramme stärker auf Dachanlagen ausgerichtet. Wir wollen Kommunen und Handwerksbetriebe dabei unterstützen, Photovoltaik wirtschaftlich und bürokratiearm umzusetzen.

Freiflächen müssen dabei geschützt bleiben. Photovoltaikanlagen gehören bevorzugt auf Dächer, Fassaden und versiegelte Flächen und nicht auf fruchtbare Böden. Wir setzen uns für klare Leitlinien ein, damit die Energiewende nicht zur Flächenkonkurrenz mit Landwirtschaft und Naturschutz führt. Auch auf Parkplätzen, Lärmschutzwänden und stillgelegten Industriearealen können so PV-Anlagen entstehen. Das schützt unsere Landschaft und stärkt die Energieproduktion. Für den Bereich der Landwirtschaft **fördern wir Floating-PV und moderne Agri-PV-Anlagen, die Landwirtschaft und Energieerzeugung kombinieren, ohne den Boden zu versiegeln.**

c. Wassermanagement im Klimawandel verbessern – Winterregen speichern –

Förderung von Wasserverbänden

Wasser sichert Versorgung und Lebensqualität in Rheinland-Pfalz, und es wird zunehmend knapper. Klimawandel bedeutet längere Trockenzeiten und mehr Starkregen. **Deshalb brauchen wir ein aktives Wassermanagement.** Mit Rückhaltebecken, Wasserspeichern und kluger Verteilung in trockenen Phasen muss Rheinland-Pfalz das Regenwasser besser nutzen. Winterregen darf nicht ungenutzt abfließen, sondern muss in der Fläche gehalten werden. Wir werden bestehende Wehre erhalten und, wo sinnvoll, neue Speichermöglichkeiten schaffen. Die Grundwasserneubildung soll durch gesteuerte Versickerung gezielt verbessert werden. Hochwasserschutz und Flutvorsorge werden wir strategisch und finanziell weiter ausbauen.

Wir wollen ein aktives technisches Wassermanagement, nicht am grünen Tisch in Mainz, Brüssel oder Berlin, sondern vor Ort, wo die Menschen leben. Deshalb werden wir **verpflichtende Wasserverbände** schaffen, **damit die Oberlieger eines Gewässersystems und die Unterlieger gemeinsam ihr Wassermanagement planen, bauen und pflegen**. Denn nachhaltiges Wassermanagement heißt auch Regenwasser zurückhalten und Städte und Dörfer vor Hitze und Hochwasser zu schützen, statt uns mit unseren Siedlungen von Bächen, Flüssen und Auen zurückzuziehen. Mit flächendeckenden und vor Ort verankerten Wasserverbänden beugen wir dem vor. Dies werden wir als Land finanziell und organisatorisch besser unterstützen. **Dabei bleibt die gute Wasserqualität das zentrale Ziel**. Dafür setzen wir auf moderne Klärtechnik, den Schutz der Grundwasserressourcen und eine konsequente Überwachung von Schadstoffeinträgen. Unsere Landwirtschaft, die Industrie und private Haushalte werden wir unterstützen, und so gemeinsam Verantwortung für den sorgsamen Umgang mit der knapper werdenden Ressource Wasser übernehmen.

d. Nachhaltige Landnutzung, Grünflächen im städtischen Raum und widerstandsfähiger Wald

Landwirtschaft ist für uns mehr als Ernährung. Sie ist Landschaftspflege, Heimat und Wirtschaftskraft. Wir wollen, dass Landwirtinnen und Landwirte mit ihrer Arbeit Zukunft gestalten können. **Deshalb setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation.** Klimaschutz, Artenvielfalt und Landwirtschaft gehören zusammen, nicht gegeneinander. Dafür fördern wir regionale Wertschöpfung, kurze Transportwege und eine Landwirtschaft, die von ihrer Arbeit leben kann.

Nachhaltige Landnutzung heißt auch: Flächenverbrauch begrenzen. Neue Bau- und Gewerbeflächen werden sparsam und ressourcenschonend ausgewiesen. Innenentwicklung vor Außenentwicklung bleibt Leitlinie und das auch im Interesse der ländlichen Räume. In Städten und Gemeinden fördern wir grüne Oasen, Dachbegrünung und zusätzliche Bäume, um die Lebensqualität und das Stadtklima spürbar zu verbessern. Zudem stärken wir Biotopverbünde und unterstützen landwirtschaftliche Betriebe bei gezielten Arten- und Landschaftsschutzprogrammen.

Der Wald ist prägender Teil unserer Heimat und ein zentraler Wirtschaftsfaktor für Rheinland-Pfalz. Mehr als 40 Prozent der Landesfläche ist bewaldet. Er ist Lebensraum, Kohlenstoffspeicher, Rohstoffquelle und ein Ort der Erholung. Wir treiben den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern voran, damit unser Wald widerstandsfähig gegenüber Dürre, Trockenstress und sich ausbreitenden Pflanzenkrankheiten wird. Private und kommunale Waldeigentümer erhalten Unterstützung, damit der Waldumbau in der Fläche gelingt und tragfähig bleibt. Holz bleibt dabei ein wertvoller Rohstoff; in der Bauwirtschaft, der Möbelindustrie und der regionalen Energieversorgung. Wir erkennen die energetische Nutzung von Holz als klimaneutrale und erneuerbare Energiequelle an.

Durch vermehrt auftretende Trockenphasen wächst die Gefahr von Waldbränden zunehmend. Deshalb werden wir den Waldbrandschutz verbessern: Waldbrandschutzstreifen, Brandschneisen und zusätzliche Löschwasserteiche gehören zum neuen Standard im Land. Forst und Feuerwehren werden enger vernetzt, um im Ernstfall schneller reagieren zu können.

e. Energieversorgung – Bezahlbar, sicher und klimafreundlich

Energiepolitik ist und bleibt Standortpolitik. Rheinland-Pfalz braucht eine Energieversorgung, die verlässlich, bezahlbar und klimafreundlich ist. Das gilt für die privaten Haushalte, den Mittelstand und die Industrie gleichermaßen.

Wir wollen Versorgungssicherheit durch Vielfalt und einen ausgewogenen Energiemix. Neben erneuerbaren Energien brauchen wir flexible Kraftwerke und Stromspeicher, die Netzstabilität sichern. Dabei gilt: **Energieversorgung muss technologieoffen bleiben.** Deshalb setzen wir auf regionale Energiekonzepte, die Städte und Gemeinden stärker einbeziehen. Denn dezentrale Energieerzeugung stärkt Kommunen und schafft Wertschöpfung unmittelbar vor Ort.

Wasserstoff ist ein wichtiger Baustein der Energiewende, besonders für Industrieprozesse, die sich nicht direkt elektrifizieren lassen. Voraussetzung dafür ist eine realistische Planung. Genehmigungsverfahren werden wir deshalb nicht nur beschleunigen, sondern praxisnäher gestalten. Ein flächendeckendes Wasserstoff-Verteilnetz ist auf absehbare Zeit nicht realisierbar. Deshalb setzen wir auf die intelligente Nutzung der bestehenden Gasinfrastruktur. Nachhaltige Gase müssen fossile Erdgase schrittweise ersetzen. Grünes Methan aus Power-to-Gas kann in das vorhandene Gasnetz eingespeist werden und erhöht mit wachsender Verfügbarkeit die Klimafreundlichkeit aller Gaskunden. Reiner Wasserstoff kann dabei in begrenztem Umfang beigemischt werden. So sichern wir die Energieversorgung der Industrie, vermeiden teure Fehlinvestitionen und schaffen gleichzeitig einen verlässlichen Markthochlauf für Wasserstoff. Fossiles Erdgas bleibt in dieser Phase eine notwendige Brückentechnologie, um Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

Wir betrachten Klimaschutz als Querschnittsaufgabe, die Wirtschaft, Energiepolitik, Infrastruktur und Landwirtschaft gemeinsam betrifft und nicht gegeneinander ausspielt.

Wir fordern einen verlässlichen Rahmen für Investitionen und werden uns dafür im Bundesrat einsetzen. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller, Netzausbau effizienter und Förderpolitik berechenbarer werden.

Energie darf kein Luxusgut sein. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Bürger und Unternehmen von der Energiewende gleichermaßen profitieren. Dazu gehört auch die Absenkung der Stromsteuer für Unternehmen und private Haushalte.

Unser Ziel: Wirtschaft und Umwelt gehören zusammen.

Wir stehen für einen realistischen und gerechten Weg in eine nachhaltige Zukunft. Denn wer unsere Umwelt bewahren will, muss den Menschen Vertrauen schenken und der Technik Freiheit.

9. Kommunen und ländliche Räume - Lebensräume mit Zukunft

Unsere Kommunen sind das Fundament unseres Landes. Hier wird gearbeitet, produziert, geholfen, gelebt und hier entscheidet sich, ob Demokratie und Zusammenhalt im Alltag funktionieren. Nach dem Prinzip der Subsidiarität stärken wir unsere Städte, Gemeinden und Landkreise finanziell dort, wo Verantwortung vor Ort wahrgenommen werden kann. **So sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen wieder handlungsfähig werden und Orte bleiben, an denen Menschen gerne leben.**

Wir schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dazu gehören funktionierende Straßen, verlässliche Mobilität, schnelles Internet, ärztliche Versorgung, gute Schulen und Kitas und erreichbare Verwaltungsleistungen. Kein Dorf und keine Stadt wird abgehängt, damit Rheinland-Pfalz überall lebenswert bleibt. Ganz nach diesem Leitprinzip setzen wir auf einen **Rheinland-Pfalz-Plan „Heimat“**. Er folgt einem Leitgedanken der kommunalen Selbstverwaltung: **aktivieren statt alimentieren**. Wir stärken unsere Kommunen so, dass sie endlich wieder aus eigener Kraft investieren und gestalten können. Immer mehr neue Bürokratie und Aufgaben ohne die entsprechende Bereitstellung finanzieller Mittel gehören mit uns der Vergangenheit an.

Unsere großen Städte und Mittelzentren sind Wachstumsmotoren und Innovationszentren unseres Landes. Sie ziehen Fachkräfte an, sind Knotenpunkte für die Mobilität und beherbergen Hochschulen, Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen. Als regionale Anker verbinden sie Stadt und Land. Damit sichern sie vielerorts die Versorgung und den gesellschaftlichen Austausch über ihre jeweilige Stadtgrenze hinaus. Ihre Entwicklung ist mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz.

Kern unseres Plans ist eine **grundlegende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs**. Wir stellen ihn transparent, gerecht und verlässlich auf. **Mehr allgemeine Finanzausgleichsleistungen ersetzen kleinteilige Förderprogramme.** Kommunen entscheiden selbst, wofür sie ihre Mittel einsetzen, und zwar vor Ort, ohne Umwege über Mainz. Die Mindestfinanzausstattung wird realistisch neu berechnet und jährlich dynamisiert. Für besonders belastete Städte, Gemeinden und Landkreise richten wir einen dauerhaften Härtefallfonds ein. Dabei gilt uneingeschränkt: Konnexität ist Verfassungsauftrag. Wer Aufgaben überträgt oder Standards erhöht, muss sie finanzieren. Landesgesetze werden künftig einer verbindlichen Konnexitätsprüfung unterzogen und eine Gesetzesfolgenabschätzung führen wir entsprechend durch.

Wir schaffen die Straßenausbaubeiträge endgültig ab. Straßen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und keine Privatangelegenheit einzelner Anlieger. Die Finanzierung erfolgt künftig aus allgemeinen Landesmitteln über eine dauerhafte, verlässliche Investitionskostenpauschale außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs. Kommunen behalten volle Planungs- und Entscheidungshoheit, Bürgerinnen und Bürger werden entlastet und Verwaltungsverfahren abgeschafft.

Darüber hinaus **reduzieren wir kommunale Bürokratie spürbar**: Indem wir Standards überprüfen, Verfahren vereinfachen und Vorfinanzierungspflichten für Anteile des Landes bei Förderverfahren beenden. Fördermittel werden spätestens ein Jahr nach Maßnahmenschluss vollständig ausgezahlt. Wir stärken gezielt die Lebensqualität im ländlichen Raum. Dörfer brauchen Treffpunkte und eine funktionierende Nahversorgung. Dafür stärken wir das Gastgewerbe, Dorfläden, Bürgerhäuser, Mehrgenerationenprojekte und digitale Dorfplattformen.

Kleine Grundschulen und Kitas auf dem Land sichern wir als Anker der Gemeinschaft. Denn Familien sollen dort bleiben und Dorfstrukturen weiter wachsen können.

Auch die Mobilität im ländlichen Raum ist Teil der Daseinsvorsorge. Wir setzen auf flexible ÖPNV-Angebote, Rufbusse und Ruftaxis sowie digitale Buchungssysteme. Schülerbeförderung und Nahverkehr finanzieren wir verlässlich nach dem Grundsatz: **Wer bestellt, bezahlt.**

Wir machen das Wohnen im ländlichen Raum attraktiv und zukunftsfähig. Innenentwicklung, Nachverdichtung und die Sanierung von Leerständen bleiben wichtige Leitlinien. Neubau wird jedoch dort möglich, wo er aus energetischen, demografischen oder funktionalen Gründen notwendig ist – etwa für bezahlbaren, seniorenrechtlichen oder familiengerechten Wohnraum.

Um Investitionen zu ermöglichen und anzuregen, stärken wir Landesbürgschaften, Fonds- und Zwischenfinanzierungen und schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für private und kommunale Investoren. Dazu gehört auch eine Vereinfachung des Baurechts. Der flächendeckende Ausbau von Glasfaser und digitaler Infrastruktur wird konsequent vorangetrieben, denn er ist ein zentraler Standortfaktor für Wohnen, Arbeit, Handwerk, Mittelstand und Homeoffice.

Unser Ziel: Wir geben den Kommunen Vertrauen, Freiheit und finanzielle Stärke zurück.

Nicht durch Einmalprogramme, sondern durch verlässliche Strukturen. Nicht durch Vorgaben von oben, sondern durch Verantwortung vor Ort. **So wird Rheinland-Pfalz ein Land mit starken Kommunen, lebendigen Dörfern und zukunftsfesten Regionen.**

10. Mobilität und Infrastruktur - Vernetzt und zukunftsfähig

Mobilität ist Freiheit. Wir sind jeden Tag unterwegs, sei es auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Besuch bei Familie und Freunden. Und jeden Tag werden für uns und für die Unternehmen in unserem Land viele Güter transportiert – für ein gutes Leben und unseren Wohlstand. Dafür sind wir auf verlässliche Verkehrswege angewiesen. Sei es mit dem Auto oder LKW, Zug und Bus, dem Rad oder – vor allem für den Güterverkehr – auch mit dem Schiff. Rheinland-Pfalz braucht eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur und Verkehrssysteme, die verbinden und nicht trennen. **Rheinland-Pfalz braucht eine funktionierende Mobilität in Stadt und Land – bedarfsgerecht, intelligent und klimafreundlich.**

a. Infrastruktur erhalten und modernisieren

Gute Straßen, sichere Brücken, starke Netze und leistungsfähige Wasserstraßen sowie Binnenhäfen sind die Lebensadern unseres Landes. Wir stehen für eine Infrastrukturpolitik, die Verantwortung übernimmt: Sanieren und schonender, effizienzsteigernder Ausbau. Kurz: Investieren statt Verwalten.

Seit Jahren liegt Rheinland-Pfalz bei den Investitionen auf dem letzten Platz der Flächenländer. **Für uns hat die Sanierung von Straßen, Brücken und Bahnstrecken größte Priorität.** Die Straßen und Brücken im Land müssen endlich wieder in einen guten Zustand versetzt werden. Dafür braucht es einen verlässlichen Plan mit ausreichenden Mitteln im Haushalt. Zugleich brauchen wir die Kapazitäten, um das Geld sinnvoll zu verbauen. Dafür ertüchtigen wir den Landesbetrieb Mobilität weiter und stellen über einen eigenen rheinland-pfälzischen Infrastrukturfonds sicher, dass die Bauunternehmen Planungssicherheit für Jahre erhalten, damit sie entsprechende Ressourcen in Form von Personal und Technik aufbauen können. Den Infrastrukturfonds werden wir aus Haushaltsrücklagen und laufenden Haushaltsmitteln speisen und so die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes ergänzen.

Wir werden das Beschleunigungspaket für Planungs- und Genehmigungsverfahren so schnell wie möglich umsetzen und gegebenenfalls an den richtigen Stellen ergänzen, damit Sanierungen und Ersatz- oder Ergänzungsbauwerke nicht an jahrelangen Vorlaufzeiten scheitern.

Genehmigungsstellen werden wir digitalisieren. Die private Bauwirtschaft und externe Planungsbüros binden wir dabei stärker ein, um Kapazitäten zu erhöhen und Projekte schneller zu realisieren. Technische Fortschritte, mit denen andere Länder Effizienzsteigerungen bei Brückenbauwerken und Straßensanierungen erreichen, werden wir auf eine Übernahme hin prüfen. So kommen Bauvorhaben schneller und kostengünstiger vom Papier auf die Straße. Das nutzt sowohl der Wirtschaft als auch den Bürgerinnen und Bürgern.

Investitionen in Infrastruktur sind Investitionen in Zukunft. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz beim Schienenverkehr aufholt: für moderne, sichere und saubere Bahnhöfe, barrierefreie Zugänge und eine bessere Taktung im Regionalverkehr. Die Reaktivierung von Bahnlinien mit positiver Kosten-Nutzen-Analyse werden wir, wo finanziell möglich, fortsetzen.

Auch beim Güterverkehr kommt es auf eine kluge Kombination der Transportmittel an. Große Massen können am umweltfreundlichsten mit dem Schiff transportiert werden. Wir werden daher auf die Abladeoptimierung des Mittelrheins ebenso drängen wie auf eine Absicherung insbesondere der Moselschleusen, damit bei Havarieereignissen die Schiffbarkeit sichergestellt ist. Die Flexibilität der rheinland-pfälzischen Binnenhäfen durch die Kombination von Schiff, Bahn und LKW werden wir sichern und stärken. Liegeplätze und Landstromanschlüsse werden wir möglichst über eine Kofinanzierung mit dem Bund ausbauen, damit die Flussanlieger entlastet und die Binnenschifffahrt attraktiver werden.

Brücken verbinden – am Rhein fehlt jedoch eine solche Verbindung zwischen Mainz und Koblenz auf rund 80 Kilometern. Wir sprechen uns klar für den Bau der Mittelrheinbrücke aus.

b. Mobilität für Stadt und Land

Mobilität ist Daseinsvorsorge. Wer auf dem Land lebt, darf nicht abgehängt werden. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und das heißt auch: Bus, Bahn und Straße müssen überall verlässlich funktionieren. **Dafür stärken wir den öffentlichen Nahverkehr.** Wir sorgen dafür, dass zentrale Orte mit Takt und Linie verbunden sind. **Daneben fördern wir neue Mobilitätsformen.** Im ländlichen Raum bauen wir zur Anbindung an diese Knotenpunkte On-Demand-Verkehre und datengesteuerte sowie lernende Mobilitätsangebote aus, damit Bus und Bürgerbus nicht leer, sondern bedarfsgerecht fahren. Wir fördern Bürgerbusse landesweit, damit Mobilität in kleinen Gemeinden sichergestellt und bezahlbar bleibt. Zudem schaffen wir Mobilitätspunkte, an denen leichte Umstiege zwischen den Verkehrsmitteln möglich werden. Dabei schließen wir nichts aus, sondern wir verbinden untereinander.

Wir werden den öffentlichen Nahverkehr besser finanzieren und landesweit koordinieren.

Mit einem landesweiten Nahverkehrsticket, abgestimmt auf die jeweiligen Nutzer, schaffen wir einfache und faire Mobilität. Alle Schülerinnen und Schüler und alle in Ausbildung erhalten ein Deutschlandticket und das unabhängig von ihrem Wohnort.

Der Radverkehr soll weiter gestärkt werden. Denn wir wollen sichere Radwege, die sinnvoll in bestehende Verkehrsnetze integriert sind. Wir werden bei der Mobilitätspolitik Verkehrsträger nicht weiter ideologisch gegeneinander ausspielen. Wir schaffen im Landesbetrieb Mobilität die nötigen Planungskapazitäten, um Radwegeprojekte der Kommunen endlich planen und bauen zu können. Dabei liegt der Fokus zuerst auf dem Ausbau der Radschnellwege.

Das Auto bleibt auch in Zukunft wichtig. Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland und die Stärkung des ländlichen Raums liegt uns am Herzen. Auch ein gut ausgebautes ÖPNV-Angebot kann außerhalb der Ballungszentren die Flexibilität und den Komfort des Individualverkehrs mittels Autos nicht ausgleichen. Wie genau sich die Zukunft des Autoverkehrs entwickelt, lässt sich nicht sicher vorhersagen. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Bundesregierung zur Durchsetzung der Technologieoffenheit auf europäischer Ebene. Verbrenner mit synthetischen Kraftstoffen, E-Fuels, Elektroantriebe und Wasserstoff gehören alle zur Zukunft der Mobilität. Dazu muss die **Lade- und Tankinfrastruktur flächendeckend noch stärker ausgebaut werden.** Ein bedarfsgerechtes, dichtes Netz von Schnellladestationen macht Elektromobilität alltagstauglich und ist für die Nutzung von E-LKWs Voraussetzung. Für den LKW-Verkehr werden wir zur Steigerung der Verkehrssicherheit in enger Abstimmung mit dem Bund die Zahl der LKW-Stellplätze vergrößern und dazu Anreizsysteme zur Ausweisung entsprechender Flächen entwickeln.

Zudem unterstützen wir die Initiative der Bundesregierung für Vereinfachungen und **Kosten-reduzierungen beim Führerschein**. Von Seiten des Landes werden wir digitale Lernformate in der Fahrerqualifikation einführen. Die Einrichtung von Verkehrsübungsplätzen auf stillgelegten Flächen werden wir unterstützen, sodass der Zugang zu solchen Übungsplätzen erleichtert wird. Insbesondere für Jugendliche auf dem Land, die für ihre Ausbildung auf das Auto angewiesen sind, setzen wir uns auf Bundesebene für eine Einführung des Führerscheins mit 16 Jahren ein.

c. Digitalisierung und intelligente Vernetzung

Die Zukunft der Mobilität ist digital. Vernetzte Systeme, Künstliche Intelligenz und Echtzeitdaten machen den Verkehr sicherer und effizienter. **Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem Land der intelligenten Mobilität machen.** Denn intelligente Verkehrssteuerung kann mittels Künstlicher Intelligenz Staus verhindern und Rettungswege freihalten.

Zusammen mit dem Bund werden wir die Modernisierung der Schieneninfrastruktur durch den gezielten Ausbau digitaler Netzwerke entlang unserer Bahnstrecken voranbringen. Damit bringen wir digitale Technik in den ländlichen Raum und verbessern die Leistungsfähigkeit des rheinland-pfälzischen Schienennetzes. Solche Projekte schaffen die Grundlage für ein zukunftssicheres Mobilitätsnetz und stärken den regionalen Personen- und Güterverkehr.

Daten sind der Treibstoff der Mobilität von morgen. Wir setzen auf offene Datenplattformen, die Verkehrs-, Wetter- und Energieinformationen bündeln. Davon profitieren Unternehmen und Verkehrsverbünde, die so passgenaue Angebote entwickeln und Mobility-on-Demand noch effizienter machen können.

Rechenzentren sind das Rückgrat eines digitalen Staates, einer innovativen Wirtschaft und einer modernen Sicherheitsarchitektur. Sie sind für uns Teil der systemrelevanten Infrastruktur. Rheinland-Pfalz soll deshalb ein attraktiver Standort für **leistungsfähige, sichere und nachhaltige Rechenzentren** werden – insbesondere durch klare Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Anbindung an Strom- und Glasfasernetze. Sie sollen dabei höchste Effizienzstandards erfüllen. Die Nutzung von Abwärme, der Einsatz erneuerbarer Energien sowie intelligente Laststeuerung werden gezielt gefördert. Rechenzentren sollen dabei stärker in kommunale Wärme- und Energiekonzepte eingebunden werden, um regionale Wertschöpfung und Versorgungssicherheit zu erhöhen. Landes- und kommunale IT-Strukturen sowie sensible Daten sollen bevorzugt auf sicheren, vertrauenswürdigen Rechenzentrumsstandorten betrieben werden. Cybersicherheit und Resilienz sind dabei verbindliche Standards. Wir stärken den Ausbau von KI-Forschung, Start-ups und datenintensiven Anwendungen durch den Zugang zu leistungsfähigen Rechenkapazitäten.

Breitband und 5G sind Grundvoraussetzungen für moderne Mobilität. Ohne stabile Netze gibt es keine vernetzten Fahrzeuge, keine Echtzeitdaten und keine digitalen Dienste. Deshalb muss der Ausbau jetzt konsequent vorangetrieben werden. **Rheinland-Pfalz darf bei der digitalen Infrastruktur nicht länger Nachzügler sein.** Wir wollen Glasfaser und Mobilfunk bis in jedes Tal, jeden Betrieb und jedes Klassenzimmer.

Unser Ziel: Mobilität verbindet Menschen, Wirtschaft und Regionen.

Wir stehen für ein Rheinland-Pfalz, das in Bewegung bleibt. Weil Mobilität Freiheit bedeutet und Freiheit Zukunft schafft.

11. Digitalisierung, Entbürokratisierung und Staatsfinanzen - Chancen der Zukunft nutzen

Digitalisierung ist kein Selbstzweck – sie ist die Zukunftsfrage unserer Zeit. Rheinland-Pfalz arbeitet zu oft in analogen Abläufen und in Doppelprozessen. Das bremst Menschen, Betriebe und Verwaltung gleichermaßen. **Wir machen Rheinland-Pfalz zu einem Land, das schneller entscheidet, effizient arbeitet und digital handelt. Einfach gesagt: Ein Land, das funktioniert!**

a. Herangehensweise ändern

Bürokratieabbau und Digitalisierung werden ab jetzt gemeinsam gedacht. Wir wollen eine neue Haltung im Land: Verwaltung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen werden. Das Ziel ist einfach: weniger Regeln, mehr Vertrauen, schnellere Entscheidungen.

Unser Ansatz folgt dabei den folgenden vier Säulen:

- 1. Bürokratievermeidung bei neuen Gesetzen.** Regeln sollen erst gar nicht entstehen, wenn sie nicht nötig oder nicht digital umsetzbar sind.
- 2. Ermessensausübung im Sinne der Sache.** Wo Entscheidungsspielräume bestehen, sollen diese auch bürger- und unternehmensfreundlich genutzt werden. Dafür erhalten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Rückendeckung von oben.
- 3. Systematische Überprüfung bestehender Regeln ab Tag eins.** Belastende oder überholte Vorschriften werden abgeschafft oder vereinfacht.
- 4. Digitale Abläufe ohne Medien- und Papierbrüche.** Jeder Antrag funktioniert künftig digital, einfach und schnell. Das gilt von der Baugenehmigung bis zum Förderantrag. Kein neues Gesetz ohne Digitalcheck!

Zudem schaffen wir ein landesweites Bürokratiemeldeportal, über das Menschen und Unternehmen bürokratische Lasten und Hürden direkt an die Landesregierung melden. Diese Hinweise werden wir systematisch auswerten und in konkrete Vereinfachungsschritte überführen.

Digitalisierung wird Chefsache und an einer Stelle in der Landesregierung gebündelt. Nur wenn alle Digital- und Verwaltungsprojekte an einer Stelle zusammengeführt werden, kann Rheinland-Pfalz im Wettbewerb mit anderen Ländern aufholen. Die bisherige Zersplitterung in Ressorts und Zuständigkeiten lähmt Fortschritt. Wir wollen einen zentralen Motor, der Innovationen vorantreibt.

Außerdem testen wir ein **Ablaufdatum für einzelne neue Gesetze**, damit Regeln regelmäßig überprüft und nur bei nachweisbarer Wirkung verlängert werden. Wir verzichten zudem auf das sogenannte „Goldplating“ von EU- und Bundesvorgaben.

Zudem setzen wir auf ein einfaches Prinzip: Vertrauen statt Misstrauen. Weniger Kontrollen, mehr Eigenverantwortung. Dafür muss der Staat zum Möglichmacher werden.

b. Landesverwaltung und Kommunalverwaltungen digital und bürgerfreundlich

aufstellen

Eine digitale Verwaltung spart Zeit, Geld und Nerven. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen alle wichtigen Behördengänge online erledigen können – sicher, einfach und ohne Papierberge. **Dazu muss das Onlinezugangsgesetz (OZG) endlich vollständig umgesetzt werden.** Wir setzen auf ein landesweites Serviceportal, das alle Verwaltungsleistungen bündelt. Anträge, Genehmigungen und Bescheide werden digital abrufbar und nachverfolgbar sein und das mit einem digitalen Postfach für alle Bürgerinnen und Bürger – und zwar 24/7. Dafür werden wir die digitalen Identitäten (E-Akte, E-Signatur, E-Rechnung) landesweit einführen und in allen Kommunen nutzbar machen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für das Once-Only-Prinzip ein: Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Daten künftig nur einmal angeben, Behörden können sie sicher abrufen und Anträge automatisch vorausfüllen. KI-Technologien werden gezielt eingesetzt, um bestehende Systeme zu vernetzen und Datensätze zusammenzuführen – ohne teure Komplettumstellungen. Höchste Datenschutzstandards bleiben dabei verbindlich.

Verwaltung muss bürgerfreundlich und erreichbar sein. Sowohl persönlich als auch digital.

Deshalb setzen wir auf hybride Verwaltungszentren, die digitale Angebote mit persönlicher Beratung kombinieren. Wir wollen den digitalen Arbeitsplatz für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ausbauen. Das funktioniert mit moderner Technik, Schulung und flexiblen Arbeitsmodellen. Dabei gilt es auch digitale Prozesse regelmäßig zu überprüfen und zu vereinfachen. Jede Verwaltung und jede Behörde braucht ein Digitalaudit, das unnötige Schritte streicht und Abläufe beschleunigt.

Kommunen sind der zentrale Teil unseres Staates. Wir wollen sie in der digitalen Transformation unterstützen. Zusammen mit ihnen wollen wir eine gemeinsame IT-Plattform betreiben und landesweite Standards etablieren. So vermeiden wir Doppelarbeit und schaffen mehr Effizienz für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltung.

c. Genehmigungsverfahren beschleunigen

Schnellere Verfahren bedeuten mehr Zukunft. Ob beim Wohnungsbau, bei Energieprojekten oder bei Unternehmensgründungen – zu oft scheitern gute Ideen an endlosen Genehmigungsprozessen. Dazu werden wir über den Bundesrat alle Änderungen beim Verbandsklagerecht unterstützen.

Wir setzen auf ein Landesbeschleunigungsgesetz für Rheinland-Pfalz. Alle Verfahren müssen klare Fristen haben. Wenn Behörden nicht rechtzeitig entscheiden, gilt die Genehmigung als erteilt (Genehmigungsfiktion). Dafür braucht es verbindliche Bearbeitungszeiten und mehr Personal für entscheidende Stellen, um den Rückstau abzubauen. Hierzu fördern wir Pilotprojekte für beschleunigte Planungs- und Feststellungsverfahren in den Schlüsselbereichen wie Wohnen, Energie und Infrastruktur. Außerdem werden die Genehmigungsschritte so gestaltet, dass sie parallel laufen können, statt nacheinander.

Digitalisierung muss Verfahren vereinfachen, nicht verkomplizieren. Anträge können digital gestellt, automatisch geprüft und transparent nachverfolgt werden. Jede Bürgerin, jeder Bürger und jedes Unternehmen soll online sehen können, wie der Bearbeitungsstand ist und wer ihn bearbeitet. Zudem braucht es zentrale Genehmigungsstellen für große Projekte, ganz nach dem Vorbild anderer Länder. So wird Planungssicherheit geschaffen, ohne dass Bürgerbeteiligung verloren geht.

Für Kommunen und Land vereinfachen wir Ausschreibungs- und Vergabeverfahren durch höhere Schwellenwerte und weniger Formalvorgaben, damit schneller gebaut und investiert wird.

Unsere Devise lautet: Vertrauen in Menschen statt Misstrauen durch überbordende Bürokratie.

Wir setzen auf Verantwortung, Tempo und eine Verwaltung, die „Ja“ sagt, wenn es geht, und nicht „Nein“, weil es einfacher ist. Um Entscheidungsfreude zu fördern, werden wir die Beurteilungskriterien von Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten im öffentlichen Dienst entsprechend anpassen.

d. Digitale Teilhabe

Digitalisierung ist mehr als Technik. Sie ist Teilhabe, Freiheit und Zukunft. Jeder Mensch soll in Rheinland-Pfalz am digitalen Leben teilhaben können, unabhängig von Alter, Einkommen oder Wohnort. **Wir schaffen flächendeckendes, schnelles Internet bis in jedes Dorf.** Denn Breitband und Mobilfunk sind heute so wichtig wie Strom und Wasser. Deshalb schaffen wir einen verbindlichen Zeitplan für Glasfaserausbau und 5G-Netze im ganzen Land, besonders in ländlichen Regionen. Digitale Kompetenzen sind der Schlüssel zur Teilhabe. Wir wollen niedrigschwellige Schulungen mit Volkshochschulen, Bibliotheken und Gemeindezentren als Partner, die Jung und Alt im Umgang mit digitalen Anwendungen fit machen – von Onlinebanking bis zur Telemedizin. Dazu gehört, dass alle digitalen Angebote des Landes barrierefrei gestaltet und mehrsprachig zugänglich sind.

Digitalisierung darf niemanden ausschließen. Deshalb unterstützen wir ehrenamtliche Initiativen, Vereine oder auch Seniorentreffs, die digitale Bildung vermitteln und digitale Geräte bereitstellen.

e. Starker Staat braucht starkes Personal

Ein leistungsfähiger Staat lebt von den Menschen, die ihn tagtäglich tragen. Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen und Lehrer, Ingenieurinnen und Ingenieure, Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte der Verwaltung, in Landesbetrieben, Hochschulen und an vielen anderen Stellen sorgen für Sicherheit, Bildung, Ordnung und funktionierende Verwaltung. Sie sind fester Bestandteil unseres Gemeinwesens. Doch der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz steht unter massivem Druck: Der Fachkräftemangel hat ihn längst erreicht. Immer mehr Stellen bleiben unbesetzt, Bewerberzahlen sinken und qualifizierte Beschäftigte wechseln in andere Bundesländer, zum Bund oder in die Privatwirtschaft, weil dort attraktivere Rahmenbedingungen geboten werden.

Für uns ist klar: Wer einen funktionierenden Staat will, muss in seine Beschäftigten investieren. Deshalb starten wir eine Fachkräfteoffensive für den öffentlichen Dienst. Zentrales Element ist die **Einrichtung einer Stabsstelle in der Staatskanzlei**, die sich ressortübergreifend um die Gewinnung, Bindung und Entwicklung von Fachkräften kümmert. Der öffentliche Dienst bekommt damit eine starke Stimme und die Personalpolitik wird zur Chefsache.

Gleichzeitig werden wir die **Rahmenbedingungen** im öffentlichen Dienst für Beamtinnen und Beamte wie auch für Tarifbeschäftigte **spürbar verbessern**. Dazu gehört die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale. Zulagen, wie beispielsweise die Polizeizulage, werden wir ruhegehaltstauglich ausgestalten. Insbesondere bei der Besoldung, den Einstiegsämtern und den Karriereperspektiven brauchen wir den Anschluss an andere Länder, damit sich Bewerberinnen und Bewerber nicht aus finanziellen Gründen gegen Rheinland-Pfalz entscheiden. Dazu gehören sowohl für die Tarifbeschäftigten als auch für die Beamtinnen und Beamten flexible Arbeitszeitmodelle, mobile Arbeit, zeitgemäße Führungskultur sowie Angebote wie das Job-Rad für alle. Ein starker Staat und starkes Personal gehören für uns untrennbar zusammen.

f. Staatsfinanzen mit Transparenz, Investitionen und Verantwortung

Rheinland-Pfalz hat kein Einnahmeproblem. Das Land nimmt ausreichend Geld ein – es setzt jedoch seit Jahrzehnten die falschen Prioritäten und nutzt seine finanziellen Spielräume nicht konsequent für Zukunftsinvestitionen.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Seit dem Jahr 2016 hat Rheinland-Pfalz **Milliardenüberschüsse** erzielt. Nur im Corona-Jahr 2020 kam es zu einem Defizit, das im Zusammenhang mit der Zuführung zum Sondervermögen stand. Trotz dieser Überschüsse bleibt der Fortschritt im Land aus.

Denn Rheinland-Pfalz bringt **seine veranschlagten Investitionen nicht auf die Straße**. Projekte werden angekündigt, Mittel eingestellt, aber nicht umgesetzt. Das Ergebnis ist dramatisch: **Rheinland-Pfalz hat im Ländervergleich den größten Investitionsstau und trägt bei der Investitionsquote die rote Laterne unter den Flächenländern.**

Gleichzeitig wachsen die Rücklagen und die im Haushalt liegegebliebenen Mittel weiter an. So haben die Haushaltssicherungsrücklage und die **Haushaltsausgabereste** in den letzten Jahren **Rekordhöhen erreicht**. Geld ist da – es wird nur nicht genutzt.

Wir sorgen künftig für **volle Transparenz im Landeshaushalt**, legen offen, welche Mittel gebunden, blockiert oder nicht abgerufen werden, und **lösen Haushaltsausgabereste konsequent auf**, wo sie Investitionen an anderer Stelle behindern.

Unser Anspruch ist: **Öffentliches Geld muss wirken**. Wir setzen auf **verlässliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und Kommunen** statt auf Rücklagenpolitik ohne Umsetzung. Überschüsse sind kein Selbstzweck, sondern sie müssen dem Land dienen.

So sichern wir **solide Staatsfinanzen**, stärken die **Handlungsfähigkeit des Landes** sowie unserer Kommunen und schaffen die Grundlage für Wachstum, Wohlstand und Vertrauen.

Unser Ziel: Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das Chancen nutzt statt Bedenken pflegt.

Wir betrachten Digitalisierung nicht unter dem Aspekt des Risikos, sondern sehen sie als die künftige Grundlage von Freiheit, Wachstum und Teilhabe. Wir machen unser Land fit für die Zukunft: mit weniger Bürokratie, mehr Vertrauen, einer Verwaltung, die den Menschen dient und soliden, transparenten Staatsfinanzen.

Kontakt:

CDU Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1a-d
55116 Mainz

Telefon: 06131 2847-0
Telefax: 06131 5544799
E-Mail: info@cdurlp.de

<https://www.cdurlp.de/>

<https://www.facebook.com/cdurlp>

<https://www.instagram.com/cdurlp/>

<https://www.x.com/cdurlp>